

Michael Lucas

*Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Krise des Kalten-Kriegs-Systems **

US-amerikanische und internationale Aspekte des Kalten Krieges

Das Wetrüsten und die wachsenden militärischen und sozialen Ausgaben durch die US-Regierung während der ersten Phasen des Kalten Krieges halfen, die inneren und internationalen politisch-ökonomischen Bedingungen für die »lange Welle« der kapitalistischen Prosperität von 1945 bis 1971 zu schaffen.¹ Der Erfolg der US-Politik in der Ausweitung des Kriegs- und Sozialstaats und seine stimulierenden Effekte auf die anderen führenden Wirtschaften von Europa und Japan war nur aufgrund eines einmaligen Zusammenfallens historischer Umstände möglich.²

1. die überlegene ökonomische, politische und militärische Macht der Vereinigten Staaten am Ende des Zweiten Weltkrieges;
2. die günstigen weltweiten Bedingungen für einen neuen Aufschwung der kapitalistischen Akkumulation, die auf der Entwicklung neuer und bereits existierender Technologien (Auto, Flugzeug, Computer, Atomkraft, Elektronik) basierten;
3. die monetäre Macht der Vereinigten Staaten als Besitzer der größten Goldreserven und das Bretton-Woods-Abkommen von 1944, das den Dollar zur Leitwährung der internationalen Nachkriegswirtschaft machte.

Aufgrund des damals geltenden, engen Zusammenhangs von militärischer Produktion, Stimulierung der zivilen Ökonomie und Expansion des Arbeitsmarkts stärkte die Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes die gesamte ökonomische Macht der USA, seine führende Position in industriellen Schlüsselsektoren und in Forschung und Entwicklung.

Nach mehr als drei Jahrzehnten hat das internationale Nachkriegssystem jedoch einen grundlegenden Wandel durchgemacht:

- die Vereinigten Staaten, obwohl immer noch die Nation mit dem größten Waffenpotential der Welt, haben ihre hegemoniale Position als führende ökonomische Weltmacht eingebüßt;

- der amerikanische Dollar, einst glänzendes Symbol des amerikanischen ökonomischen Erfolgs, ist zu einem Motor der internationalen Inflation geworden und spiegelt den fortgesetzten Niedergang der amerikanischen Ökonomie und das zunehmende Ungleichgewicht zwischen Amerikas enormer militärischer Potenz und seiner abnehmenden ökonomischen Leistungsfähigkeit wider;

- der Nachkriegsboom (1945 - 71), der die Internationalisierung des kapitalistischen Systems auf einem historisch einmaligen Niveau entwickelte, ist seit mehr als einem Jahrzehnt zu Ende gegangen. Die heutige Weltwirtschaft leidet unter einer nun allgemein an-

* Ich danke Gisela Breidenbach, Kurt Hübner, Willfried Spohn und Walter Süß für die Übersetzung des Textes und ihnen sowie Remco van Kappelleveen, Ekkehart Krippendorff, Mohssem Massarrat, Karl Hein Pütz, Astrid Radtke, Dagmar Schultz und Albert Statz für Solidarität und kritische Diskussion.

genommenen langfristigen Krise, die weitreichende technologische und institutionelle Veränderungen erfordert, bevor eine neue Welle kapitalistischer Akkumulation die gegenwärtige Stagnation ablösen kann;

- seit den späten 60er Jahren hat die Fähigkeit der militärischen Forschung und Entwicklung, die zivile Ökonomie zu stimulieren und zu neuen zivilen Technologien zu führen, erheblich nachgelassen.³ Da gleichzeitig Militärtechnologien äußerst kapitalintensiv geworden sind, tragen sie nicht mehr in dem Maße zu einem substantiellen Wachstum der Beschäftigung bei, wie es in den früheren Phasen der Nachkriegszeit noch offensichtlich war. Die Militärproduktion hat zur Schwächung der US-amerikanischen Zivilökonomie geführt und kann nicht getrennt werden von der Tendenz mangelnden Produktivitätswachstums in den US-Industrien.

Das Produktivitätswachstum der USA rangiert unter den OECD-Nationen an letzter Stelle.⁴ Die Militärproduktion ist ein wesentlicher Grund für die US-Inflation und den Abzug von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten aus dem zivil-ökonomischen Bereich.

Die Kalte-Kriegs-Koalition und die gegenwärtige amerikanische Krise

Die ökonomischen und militärischen Prämissen des Kalten Krieges funktionieren als bestimmende Momente im Aufstieg und Niedergang des internationalen Systems nach dem Krieg. Der »Kalte Krieg« umfaßt einen historisch-spezifischen Komplex von militärischen, politischen und ökonomischen Bedingungen und Strategien, die strukturell miteinander verbunden sind und die das ausmachen, was man als »System des Kalten Krieges« der Nachkriegsära bezeichnen kann.

Ein wesentlicher Moment in der Entwicklung des amerikanischen Kalten-Kriegs-Systems ist die Verbindung von Militärproduktion und öffentlichen Wohlfahrtsausgaben gewesen. Diese zwei Formen der Staatsausgaben haben als Mechanismen des makroökonomischen Managements funktioniert und zur Schaffung und Verknüpfung einer in sich heterogenen politischen Wählergemeinschaft beigetragen, die den liberalen Kapitalismus zu Hause und eine offene internationale »Freihandels«-Wirtschaft unterstützte. Ebenso erleichterten die militärischen Ausgaben die erfolgreiche Integration der westeuropäischen Länder, Japans und eines großen Teils der Dritten Welt in das amerikanisch dominierte ökonomische und militärische System.

Um die dynamische Beziehung zwischen der amerikanischen und internationalen Funktion des Kalten Krieges zu verstehen, müssen wir zunächst die komplexe Rolle der Militärausgaben in der Nachkriegs-US-Ökonomie betrachten. Teilweise als Folge des enormen Wachstums der amerikanischen Wirtschaft während des Kriegs und der Lehren der Großen Depression der 30er Jahre stimmten amerikanische Politikstrategen allgemein darin überein, daß eine Art von keynesianischem Staatsinterventionismus notwendig sein würde, um die Marktwirtschaft zu stimulieren.⁵ Seinen eigenen Instrumenten überlassen, könnte der Privatsektor ein nicht ausreichendes ökonomisches Wachstum aufrechterhalten, um eine neue Depression abzuwenden.

Deshalb wurde der schon zu Kriegszeiten existierende militärisch-ökonomische Komplex weiter aufrechterhalten und als Form des makro-ökonomischen Managements benutzt. Die allgemeinen Gründe für diese Entwicklung waren:⁶

1. Die Militärproduktion ermöglichte es dem Staat, die Marktwirtschaft zu stimulieren -

durch den Kauf und »Verbrauch« militärischer und nicht-militärischer Güter –, ohne direkt mit ihm zu konkurrieren. Die Waffenproduktion ermöglichte es, eine begrenzte und verkappte Form des wirtschaftlichen Staatsinterventionismus einzuführen, und gleichzeitig die Eigentumsverhältnisse und die Prärogativen in der Investitionsplanung des privaten Kapitals zu bewahren.

2. Auf der geopolitischen Ebene stellte der militärisch-industrielle Komplex die Waffensysteme bereit, die für die internationale Expansion des amerikanischen Kapitals und für die Aufrechterhaltung der Rolle der USA als der führenden militärischen und politischen Macht gegenüber der Sowjetunion und den amerikanischen Verbündeten notwendig waren.

3. Der wachsende militärisch-industrielle Komplex schuf zugleich einen wachsenden inneren Arbeitsmarkt und eine Vielfalt und Verflechtung von Interessengruppen – einschließlich Arbeitern, Berufssoldaten und -offizieren, Beamten, Kongreßmitgliedern, Waffenproduzenten, Militär- und Atomenergiewissenschaftlern, Bankiers, Spione – deren ökonomisches Überleben mit der Rüstungsproduktion und dem amerikanischen Militarismus zusammenhing.

4. Die Waffenproduktion und das weite Netz von Produktionsverhältnissen, die in den Dienst und die Vorbereitung des Krieges gestellt wurden, funktionierten zugleich als eine wachsende materielle Basis für die Entwicklung einer politischen Nachkriegskultur, die auf einer Reihe von populären Mythen und Vorstellungen um grenzenlose Prosperität, Wohlfahrtsstaat – »Liberalismus« und »Antikommunismus«⁷ beruhte. Der letztere wurde zu einem unverzichtbaren Instrument der politischen Eindämmung und vielfach der Repression von radikalen Bewegungen in den USA und der Dritten Welt, mit polizeilichen und militärischen Mitteln. Der »Antikommunismus« war ebenso ein hochwirksames Instrument in der McCarthy-Ära, um Industrie, Regierung, Gewerkschaften und alle Berufe während der frühen 50er Jahre von Linken und Kommunisten zu säubern.

Die wachsende Rolle der Militärproduktion in der »gemischten Ökonomie« der Nachkriegszeit war jedoch nicht allein eine ausreichende Basis, um eine politische Koalition heterogener Klassen- und Subklasseninteressen zusammenzubringen, die in der Lage sein würden, über Wahlen den Zugang zur staatlichen Macht zu gewinnen und eine so entwickelte und komplexe Gesellschaft wie die des Nachkriegsamerikas politisch zu steuern.

Die Arbeiterklasse und Minoritäten hatten eine gewisse ökonomische und politische Macht als eine Folge der Roosevelt'schen New-Deal-Reformen erreicht, und sie mußten daher in die Koalition der Mitte einbezogen werden, die die bestimmende politische Formation im Nachkriegsamerika werden sollte. Der »Kalte Kriegs-Liberalismus« verband eine verwässerte Form des New Deal-Reformismus mit einer expandierenden militärischen Produktion. Er zog einen großen Teil der Arbeiterklasse, der Linksliberalen und jene Mitglieder der amerikanischen Linken an, die gewillt waren, das Banner des »Antikommunismus« zu tragen, oder es zumindest als Schibboleth passiv zu akzeptieren.⁸

Amerikas »freihändlerische« multinationale Eliten, obgleich sie das traditionelle Mißtrauen der Großen Industrie gegen allzu hohe Militärausgaben und die inflationären Folgen verkörperten, akzeptierten die unangenehme Notwendigkeit, daß ihre Investitionen in aller Welt einen entsprechend wachsenden Apparat militärischer Gewalt verlangten. Amerikas traditionelle Konservative, »Isolationisten« (die den US-Expansionismus in Asien anstatt in Europa bevorzugten), kleine Geschäftsmänner und die Farmer des Mittleren Westens, des Südens und des Westens mißtrauten dem »Eastern Establishment«, dem »Big

Business« und dem Wohlfahrtsstaat. Trotzdem akzeptierten sie den Kalten Krieg aufgrund der großen militärischen Aufträge für Waffenfirmen und der militärischen Einrichtungen, die in ihrer Region vergeben werden sollten.

Auf diese Weise verband die Kalte-Kriegs-Koalition, die der Fahrstuhl zur Macht in den Präsidentschaftswahlen für die Demokratische Partei wurde, Elemente sowohl der gemäßigten Rechten als auch Linken – Groß- und Kleinindustrie, Arbeiterklasse und Arme sowie einen größeren Teil der amerikanischen liberalen und linken Intellektuellen. Diese kunstvolle Verbindung antagonistischer Klassen und gegensätzlicher Interessengruppen in der politischen Mitte verlieh der amerikanischen Innenpolitik in der Nachkriegszeit eine quasi-apolitische Stabilität und ermöglichte es beiden, der Republikanischen und Demokratischen Partei, sich wiederholt über die Außenpolitik zu einigen.⁹ Durch die Verbindung von Kapital und Arbeit in derselben Koalition schuf die Demokratische Partei, die traditionelle politische Repräsentation der Arbeiterklasse, äußerst ungünstige Bedingungen für die Entwicklung einer starken amerikanischen Arbeiterbewegung.

Amerikanische Präsidenten waren in der Lage, die Kalte-Kriegs-Koalition zusammenzuhalten, indem sie eine Ausgabenpolitik betrieben, die umfangreich genug war, um die ökonomischen Ansprüche zu befriedigen und dadurch den Druck zu entschärfen, der auf die politische Führung der Koalition von ihren antagonistischen Komponenten ausgeübt wurde. Diese Lösung für das Problem der Organisation der Nachkriegsökonomie verlangte jedoch die kontinuierliche Expansion der öffentlichen Ausgaben für die Ausweitung des Kalten Krieges auf der einen Seite und die Vergrößerung des Wohlfahrtsstaates auf der anderen. Die Reformprogramme der demokratischen Präsidenten mußten mit dem entsprechenden Anwachsen des Militärbudgets ausbalanciert werden, um die ständige, diffamierende Kritik des Wohlfahrtsstaatsliberalismus und des »schleichenden Sozialismus« durch die Rechte zeitweise mundtot zu machen. So war der Preis dafür, den »sozial-reformistische« Präsidenten wie John F. Kennedy und Lyndon Johnson für ihre ehrgeizigen Programme zur Bekämpfung der Armut zu bezahlen hatten, eben die noch größeren Ausgaben an das militärische Establishment des Kalten Kriegs.¹⁰ Während die Reformprogramme mit dem Ziel der Bekämpfung der Ungleichheit, der Verminderung der Armut und der Unterstützung des ökonomischen Wachstums gerechtfertigt wurden, wurden die wachsenden militärischen Ausgaben mit bombastischen öffentlichen Beschwörungen der »sowjetischen Bedrohung« und der Notwendigkeit konventionell-militärischer Interventionen im Ausland verknüpft. Solange wie das militärische Establishment, bestehend aus Waffenfirmen, dem Pentagon, Verteidigungsforschungsinstituten etc. ihr Stück am Budgetkuchen erhielten, begrenzte es seinen Widerstand gegen liberale Reformprogramme. Desgleichen, solange wie Arbeitslosigkeit und Inflation einigermaßen niedriggehalten wurden, begrenzten diejenigen Sektoren der Arbeiterklasse und der Armen, die vom Wohlfahrtsstaat und den militärischen Ausgaben profitierten, ihre Kritik an Amerikas wachsendem militärisch-industriellen Komplex, den gewerkschaftliche Bürokratien als eine nicht versiegende Quelle der Prosperität priesen. So schwang Präsident Kennedy, konfrontiert mit einer politischen Niederlage durch einen starken konservativen Block im Kongreß und wachsendem Mißtrauen an seinem idealistischen Reformismus innerhalb seiner eigenen Partei, die Zauberrituale einer massiven nuklearen Bewaffnung, um einen inneren politischen Konsens zu schaffen. Er gewann die Unterstützung des Kalten-Kriegs-Establishments durch das Lancieren des Polaris-U-Boot-Programms für die Navy, des Baus einer neuen Generation von strategischen Nuklearraketen für die Air Force und einer neu formulierten Doktrin der Nieder-

schlagung nationaler Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Die neue Doktrin rechtfertigte das Modernisierungs- und Expansionsprogramm für die Armee und führte mit der Kraft einer »self-fulfilling prophecy« zur amerikanischen Intervention in Laos und Vietnam.

Der Kalte Krieg und die internationale Ökonomie

Die unterliegende ökonomische Prämisse des Kalten-Kriegs-Liberalismus war ständiges ökonomisches Wachstum auf Grundlage der Position der USA als führende industrielle und militärische Weltmacht. Das System der Ausweitung wohlfahrtsstaatlicher und militärischer Ausgaben funktionierte mit einem gewissen Erfolg bis zu den späten 50er Jahren, als die USA sich noch durch eine positive Zahlungsbilanz, eine unbestrittene Machtstellung in fortgeschrittenen industriellen und militärischen Technologien und einen führenden Anteil am internationalen Exportmarkt auszeichneten.

Das makroökonomische Kalte-Kriegs-Management durch militärische Ausgaben spielte eine direkte Rolle in der kapitalistischen Restauration Westeuropas und Japans.¹¹ In der ersten Phase der Nachkriegsära exportierten die USA Dollars in die darniederliegenden Ökonomien Europas und Japans, um ihren Aufbau zu unterstützen; um den US-Exportmarkt zu finanzieren und zur gleichen Zeit Westeuropa und Japan an das von den USA dominierte internationale Geld-, Handels- und Investitionssystem zu binden. Während der Marshall-Plan einige der notwendigen Fonds bereitstellte, waren die US-Dollarexporte in Form militärischer Auslandskäufe für Güter und Dienste um die US-Militärbasen im Ausland zu versorgen, von größerer Gesamtbedeutung für die Strukturierung des Nachkriegssystems.¹² Solche Ausgaben schufen Defizite in dem US-Regierungshaushalt, aber diese wurden ausgeglichen durch die Auslandsnachfrage nach US-Warenexporten. Amerikanische militärische Auslandsausgaben stimulierten die zivilen Ökonomien Westeuropas und Japans und bewiesen sich als günstiger Mechanismus, durch den die USA ihr Militärbasennetz in der gesamten Welt ausdehnen konnten. Der ökonomische Nutzen des Kalten-Kriegs-Systems für Amerikas Verbündete hatte ihre militärische und ökonomische Bindung an den amerikanischen Nachkriegsmilitarismus zur Folge.¹³

Insbesondere Westdeutschland und Japan konnten ihre zivilen Ökonomien entwickeln, die später die US-Exportindustrien in Schlüsselsektoren herausfordern sollten. Das schnelle Wachstum Japans und der Bundesrepublik gründete teilweise darin, daß sie nicht mit einem großen militärisch-industriellen Komplex belastet waren, der Ressourcen an Material und qualifizierten Arbeitskräften einschließlich der Forschungskapazitäten aus der zivilen Ökonomie abzog.¹⁴

Die Risse des Kalten-Kriegs-Systems

Der Preis, den die USA für ihren expandierenden militärisch-industriellen Komplex zahlen sollten, war der Niedergang der Schlüsselindustrien in der Binnenwirtschaft und die Verschlechterung ihrer globalen Machtposition.

Der wirtschaftliche Abstieg der USA zeigt sich in der Entwicklung des US-Dollars. In den ersten Phasen des Kalten Kriegs stand die Stärke der US-Währung auf zwei Füßen: der

Konvertibilität des Dollars in Gold und der ökonomischen und militärischen Überlegenheit der USA. Solange die Vereinigten Staaten eine expandierende Ökonomie blieben, wurden Zuwächse in der Menge zirkulierender Dollars im allgemeinen kompensiert durch reale Zuwächse in der Produktion von Gütern und Diensten und hatten keinen direkten nachteiligen Effekt auf die Weltökonomie. Darüberhinaus wurde die Schaffung neuer Dollars, zumindest theoretisch, durch die Konvertibilität von Dollars in Gold in Grenzen gehalten. Als die USA in den späten 60er Jahren in Grenzen von einer internationalen Gläubiger- zu einer Schuldernation übergingen, war die Schaffung des Dollars ein inflationäres Mittel geworden, mit dem die USA ihre Leihgelder und Schulden erhöhten und ihre Lasten über die gesamte Weltökonomie verteilten. Dieser Prozeß drückte sich in der chronischen Verschlechterung der Zahlungsbilanz der USA aus.¹⁵

In den späten 50er Jahren begannen die negativen Effekte der amerikanischen defizitären Ausgabenpolitik international in Erscheinung zu treten. Die Erholung der europäischen Ökonomien hatten ihren Dollarbedarf stark vermindert. 1958 begannen europäische Zentralbanken, ihren Dollarüberschuß in US-Gold zu konvertieren. Dies bewirkte zunächst wiederholte Anstürme auf die amerikanischen Goldreserven. Die militärischen Ausgaben der USA im Ausland, die früher als ein wirksames Wirtschaftsinstrument für den Aufbau Europas gerechtfertigt werden konnten, waren nun eine militärisch und politisch unaufhebbare Notwendigkeit des Kalten-Kriegs-Systems geworden. Amerikas expandierende Militärausgaben sowohl im Innern wie im Ausland, funktionierte als eine Art imperiale Steuer auf Amerikas Verbündete, um ein günstiges Investitionsklima in der Dritten Welt und den Ausschluß der Sowjetunion von den wichtigsten westlichen Einflußsphären militärisch zu garantieren. Zwischen 1950 und 1958 sprangen die direkten militärischen Ausgaben der USA von 576 Millionen auf 5 Milliarden Dollar. Wirtschaftliche Richtlinien zur Begrenzung wurden eingeführt, aber bald durch die explodierenden Kosten des in den frühen 60er Jahren beginnenden Vietnam-Krieges außer Kraft gesetzt.

Entspannungspolitik und Kalter Krieg

Schon in den späten 50er Jahren stellten europäische Regierungen die Frage, ob die Kalten-Kriegs-Spannungen zwischen der Sowjetunion und Europa nicht entschärft werden könnten und wie Europa eine wachsende westliche Verteidigungsrolle übernehmen könnte.¹⁶ Die Eisenhower-Administration vermehrte daraufhin in Antwort auf die Rezession von 1958 und ebenso auf die sich abzeichnende Bedrohung der Machtposition der USA in der NATO die militärischen Ausgaben.

Während der Kennedy-Administration wurde die berüchtigte »Raketengap« beschworen, nicht nur um die schon erwähnte Aufrüstung durch die Regierung zu rechtfertigen, sondern auch, um die amerikanische Führung in der NATO zu bekräftigen.¹⁷ Durch die gesamte Nachkriegsära hindurch wurden amerikanische Militärausgaben zusammen mit der Kalten-Kriegs-Rhetorik über die »sowjetische Bedrohung« wiederholt benutzt, um die desintegrativen Tendenzen innerhalb der NATO zu bekämpfen und das euro-amerikanische System als einen ökonomischen und politischen Block zu festigen.

Zur gleichen Zeit bewirkte der fortwährende Abfluß von Ressourcen aus dem zivilen Sektor, um die amerikanischen Militärprogramme zu unterstützen, die Schwächung der amerikanischen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt auf der Grundlage eines mangelnden Produktivitätswachstums.¹⁸

Zwischen 1960 und 1978 gaben die USA einen größeren Anteil ihres Bruttosozialprodukts für Militärproduktion aus als alle anderen OECD-Länder. In der gleichen Zeitspanne zeigten die USA eine niedrigere Wachstumsrate in der industriellen Produktivität als andere OECD-Partner. Der relativ hohe Betrag an Ressourcen des Bruttosozialprodukts, den die USA für Militärproduktion ausgaben, bedeutete entsprechend weniger Forschungs- und Entwicklungsfonds, qualifizierte Arbeitskräfte und materielle Ressourcen für ihre zivilen Industrien. Dies hatte Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften und die Inflationierung von Löhnen und Rohstoffpreisen zur Folge¹⁹, insbesondere in den Perioden beschleunigter militärischer Produktion etwa in den frühen 50er Jahren oder während des Vietnamkrieges.²⁰

Der Niedergang wichtiger ziviler Industrien bewirkte weitere langfristige Verschlechterungen der amerikanischen Zahlungsbilanzpositionen, insofern als ausländische Produkte in den US-Markt eindrangten und einheimische Produzenten mit niedrigeren Preisen und besserer Warenqualität herausforderten. Auf diese Weise entstand ein Teufelskreis, in dem sich verminderte ökonomische Leistungsfähigkeit, wachsende Zahlungsbilanzdefizite und militärische Ausgaben gegenseitig verstärkten.

Während des Vietnamkrieges spitzte sich dieser Prozeß dramatisch zu, als die negativen Effekte des Kalten-Kriegs-Systems in Form wachsender finanzieller, monetärer und politischer Konflikte zwischen den USA und seinen führenden Verbündeten zur Wirkung kamen. Trotz steigenden Drucks seitens westeuropäischer Zentralbanken auf die USA, die in ihren Augen verschwenderische Ausgabenpolitik zu zügeln, verfolgte die Kennedy- und Johnson-Administration ehrgeizige innere Reformprogramme zusätzlich zu den wachsenden Militärausgaben. Beide weigerten sich, eine größere monetäre und fiskale Disziplin zu üben, aus Furcht vor dem Verlust der politischen Unterstützung seitens der Gewerkschaften, der Minoritäten und der Armen.

Noch 1966 insistierten amerikanische Wirtschaftsberater der Regierung darauf, daß eine hohe Wachstumsrate der amerikanischen Wirtschaft die finanzielle Last des Krieges erleichtern und einen größeren Spielraum in der Außenpolitik²¹ schaffen könnte. Mit Hilfe dieser unseligen Wachstumstheorie setzte die Regierung die inflationäre Ausgabenpolitik fort, obwohl die ökonomische Leistungsfähigkeit der USA schon in unverkennbarem Niedergang begriffen war. Das Bundesdefizit sprang zwischen 1962 und 1965 von 3,6 Mrd. auf 25,3 Milliarden Dollar. Johnson weigerte sich jedoch beharrlich, die Steuern zu erhöhen, weil ein solcher Schritt die schon beträchtliche öffentliche Opposition gegen den Vietnamkrieg weiter verstärkt hätte.²²

Der wachsende Goldabfluß und der anschwellende Strom von inflationären Dollars nach Europa und Asien, um den Krieg zu bezahlen, bewirkte schließlich den Zusammenbruch des internationalen Goldpools im Jahre 1968. Der steigende Druck der europäischen Regierungen war ein Schlüsselfaktor, der Johnson schließlich dazu zwang, Pläne einer zweiten Kandidatur aufzugeben, und hatte die Reduktion der amerikanischen Truppen und später den endgültigen Rückzug aus Vietnam zur Folge.²³

Die amerikanische Niederlage im Vietnamkrieg markierte einen historischen Wendepunkt in der militärischen und finanziellen Entwicklung des internationalen Systems in der Nachkriegszeit. Indem offenbar wurde, daß die USA eine nationale Revolution in einem armen, unterentwickelten Land der Dritten Welt nicht aufhalten konnte, deckte der Krieg einen Teil der Rechtfertigungen auf, die von den USA als Druckmittel gegen Europa und Japan eingesetzt wurden, um die inflationäre Last der amerikanischen Militärausgaben mitzutragen.

gen. Das Ergebnis des Krieges versetzte die westeuropäischen Mächte in eine stärkere Position, die amerikanische defizitäre Wirtschaftspolitik zu kritisieren.

Der Niedergang des Kalten-Kriegs-Systems

»Jedermann sollte jetzt wissen, daß die Vereinigten Staaten im Vergleich zur übrigen industrialisierten Welt arm werden und einen industriellen Wettbewerb nach dem anderen verlieren... Hinsichtlich des Prokopf-Einkommens sind die Vereinigten Staaten nun auf den zehnten Platz unter den Industrieländern zurückgefallen... Die Franzosen haben mit uns gleichgezogen und die Japaner holen rasch hinter uns auf. Deutsche Arbeiter haben doppelt soviel bezahlte Urlaubstage als amerikanische Arbeiter. Amerikanische Männer haben eine vier Jahre geringere Lebenserwartung als jene der Schweiz, während amerikanische Frauen »nur« drei Jahre weniger haben. Amerika rangiert an der 18. Stelle in der Kindersterblichkeit. Die Luftverschmutzung in den USA übersteigt die in anderen Ländern. Die Selbstmordrate ist acht- bis neunfach so hoch wie in anderen industriellen Hauptländern.«

Lester C. Thurow

(New York Review of Books, 1. April 1982)

Die militärische Niederlage in Vietnam, die massive Opposition in den USA gegen den Krieg zusammen mit der inneren Krise, die der Krieg mit seiner Erbschaft von Blut und Tränen hinterlassen hatte, veranlaßten die Nixon-Regierung, wichtige Änderungen in der Wirtschafts- und Außenpolitik vorzunehmen.²⁴ Die sogenannte Nixon-Doktrin delegierte die Verteidigung amerikanischer Interessen in der Dritten Welt an subimperialistische Staaten wie den Iran, denen die USA die notwendigen Waffen und Ausrüstungen liefern würden.²⁵ Dieser neue Ansatz reflektierte die Erkenntnis der amerikanischen Strategen, daß die USA nicht mehr in einer so starken Position waren, um einen langdauernden großangelegten konventionellen Bodenkrieg wie in Vietnam lancieren zu können.²⁶ Gleichzeitig unterstützte die Nixon-Doktrin Waffenexporte im Wert von Milliarden von Dollars, die den kurzfristigen Vorteil hatten, den amerikanischen Exportmarkt zu vergrößern und zugleich die amerikanischen Zahlungsbilanzdefizite zu mildern.

Die Nixon-Kissingersche Einführung der Entspannungspolitik und der SALT-Verhandlungen waren tatsächlich Versuche, die amerikanische Außenpolitik und die amerikanischen Wirtschaftsprioritäten an die neue internationale Verteilung ökonomischer, politischer und militärischer Macht anzupassen - vor allem angesichts der geschwächten Position der USA.²⁷ SALT stellte eine wesentliche Revision des Kalten Krieges dar, indem ein ungefähres strategisches Gleichgewicht mit der Sowjetunion anerkannt wurde.

Bei nachträglicher Betrachtung illustriert die Nixon-Kissingersche Revision der amerikanischen Außenpolitik die tiefen innerpolitischen Hindernisse gegen eine Abkehr von der Strategie des Kalten Krieges. Um die konservative Unterstützung für SALT zu gewinnen, mußte die Nixon-Administration ein Programm zur Expansion des amerikanischen nuklearen Arsenalts unterstützen. Zudem stand es niemals in Frage, andere Institutionen des Kalten Krieges wie z.B. den CIA abzubauen. Kissinger und Nixon unterstützten geheime CIA-Aktivitäten, die den von dem CIA geplanten Sturz des Allende-Regimes in Chile einschlossen und die weniger erfolgreichen geheimen Interventionen im südlichen Afrika.²⁸

Die Einführung der Entspannung brachte das Kalte-Kriegs-Establishment und die Neue Rechte in breiten Kampagnen gegen die Entspannungspolitik und ihren Hauptträger, die multinationale Fraktion des amerikanischen Kapitals, zusammen.²⁹ Die letzteren sahen in der Entspannungspolitik eine unumgängliche Anpassung an die Realitäten einer »multipolaren« Welt, in der die USA nicht mehr länger eine absolut – hegemoniale Macht ausüben konnten, ohne die amerikanische Wirtschaft und das internationale Nachkriegssystem weiter zu gefährden, das auf dem Freihandel und der internationalen Kooperation zwischen den führenden kapitalistischen Industrieländern basierte. Die Entspannungspolitik war in dieser Hinsicht eine weitreichende Konzession an multinationale Wirtschaftsinteressen, die neben dem damit verbundenen politischen Wandel, die blühenden Märkte des Ostens und die beschleunigte »Modernisierung« der Dritten Welt vor Augen hatten.

Das Neue Ökonomische Programm

Nixons Wirtschaftsprogramm, die »New Economic Policy« (NEP), sollte den wirtschaftlichen Niedergang der einheimischen Industrien aufhalten, deren Wettbewerbsfähigkeit sich durch das Wachstum der internationalen Ökonomie während der 50er und 60er Jahre ständig verschlechterte. Amerikanische Unternehmen können grob unterschieden werden in Firmen, die primär vom Binnenmarkt abhängig sind – am wichtigsten Stahl, Textilien, nationale Ölfirmen, die meisten Kleinunternehmen und Kleinbanken –, und große amerikanische Firmen – die internationalen Wall-Street-Banken, die Ölmultis, die Spitzentechnologiefirmen und andere multinationale Gesellschaften, die im Weltmaßstab operieren und die internationale Ökonomie beherrschen.³⁰

Der Einfluß des Kalten Krieges auf die amerikanische Wirtschaft trug zum Niedergang der nationalen Industrien bei, indem eine künstliche Nachfrage direkt durch Regierungsaufträge und indirekt durch die Ankurbelung der Gesamtwirtschaft durch Staatsausgaben für militär- und wohlfahrtsstaatliche Programme geschaffen wurde. Dies garantierte den rückständigen amerikanischen Industrien einen künstlich aufrechterhaltenen Markt, der gleichzeitig die Kosten einer Modernisierung vermied.³¹ Mit der internationalen Expansion der größeren multinationalen amerikanischen Firmen mußten die Vereinigten Staaten ihren Binnenmarkt für einen anschwellenden Strom japanischer und europäischer Produkte öffnen, von denen viele auf technisch fortgeschrittener Grundlage und folglich mit erheblich geringeren Kosten hergestellt waren. In den späten 60er Jahren verschlimmerten sich die Effekte der wachsenden Konkurrenz mit ausländischen Produkten durch die Heraufkunft einer sich vertiefenden wirtschaftlichen Rezession. In den frühen 70er Jahren forderten die amerikanischen Inlandindustrien unüberhörbar Schutzzölle und andere Maßnahmen, um der Verkäuflichkeit amerikanischer Produkte auf dem Binnen- und Weltmarkt nachzuhelfen. Nixon kam dem nach mit dem NEP, das auf Importe in die USA eine 10 % ige Zusatzsteuer erhob. Dazu kam eine einseitige Forderung an Japan, Südkorea, Taiwan und Hongkong, »freiwillig« ihre Textilexporte nach den USA zu drosseln.³² Japan und die Europäische Gemeinschaft wurde ebenso bekümmert, ihre Binnenmärkte stärker den amerikanischen Waren zu öffnen.

Nixon hob zudem einseitig die Goldkonvertibilität des Dollar auf, und damit die Grundlagen des internationalen Währungssystems. Dieser Schritt machte den Weg für eine Abwertung der amerikanischen Währung frei, bzw. eine Aufwertung der deutschen DM und des

japanischen Yen gegenüber dem amerikanischen Dollar. Dies machte deutsche und japanische Exporte gegenüber den USA teurer und amerikanische Exporte auf dem Weltmarkt billiger. Die monetären Veränderungen sollten den leidenden amerikanischen Herstellern helfen, ihre Verkäufe im Ausland zu erhöhen, und dadurch gleichzeitig die wachsenden amerikanischen Zahlungsbilanzdefizite zu reduzieren.³³

Der ökonomische Nationalismus der Nixon-Administration stellte einen frontalen Angriff auf die multinationalen Interessen dar und bedrohte ernsthaft das offene, auf transnationaler Kooperation beruhende internationale System. Amerikanische und ausländische multinationale Eliten waren empört darüber, was sie als Angriff auf ihr internationales Imperium durch rückständige nationale Wirtschaftsinteressen ansahen. Vertreter des multinationalen Kapitals in der Nixon-Administration traten von ihren Posten zurück und begannen eine massive Kampagne, um die Umkehr dessen zu erreichen, was sie als einen »verhängnisvollen isolationistischen Trend« beschrieben, »der Zweifel über die Zukunft der amerikanischen Außenpolitik erweckt«³⁴.

Die Nixonsche Kehrtwende in der auswärtigen Wirtschaftspolitik hatte in der Tat einen offenen Bruch innerhalb der Regierung bewirkt und zu einem erbitterten Propaganda- und Machtkampf zwischen den nationalistischen und internationalistischen Fraktionen der amerikanischen herrschenden Klasse geführt.

Die NEP spiegelte die Tatsache wider, daß die antagonistischen ökonomischen und politischen Kräfte, die sich traditionell in der Kalten-Kriegs-Koalition gegenseitig einigermaßen ausbalancierten, nicht mehr länger zusammengehalten werden konnten. Ihre Polarisierung war eine Konsequenz genau der ökonomischen Wachstumsstrategien des Kalten Kriegs, die die Expansion der internationalen Wirtschaft auf Kosten des einheimischen Kapitals betrieben und zugleich dessen Lebensfrist durch die künstlichen und inflationären Mechanismen der Kalten-Kriegs-Militärausgaben verlängerten. Die neue Phase des innerkapitalistischen Konkurrenzkampfes wurde durch die Heraufkunft der Stagflation in den frühen 70er Jahren, die Rezession von 1973/74 und die erste Explosion der OPEC-Preise noch beschleunigt. Diese Entwicklungen waren in der Tat Symptome der Erosion der ökonomischen Basis des Kalten-Kriegs-Systems.

Die Trilaterale Kommission

Im Jahre 1973 gründeten führende Vertreter der multinationalen Fraktion des amerikanischen Kapitals die Trilaterale Kommission (TLK), mit dem Ziel, die protektionistische und nationalistische Politik der Nixon-Administration zu bekämpfen und das Vertrauen der führenden Alliierten Amerikas in die Verpflichtung der USA auf das internationale System wiederherzustellen.

Die Ziele der TLK beinhalteten:³⁵

- die Unterstützung engerer Kooperation zwischen den USA, der Bundesrepublik und Japan, um einer weiteren Verschlechterung der Weltwirtschaft durch zunehmenden Protektionismus und andere Formen wirtschaftlichen Nationalismus' zu begegnen;
- die Förderung transnationaler Planung;
- die Ermutigung verstärkter Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd;
- die Lockerung von aus dem Kalten Krieg herrührenden Spannungen und die beschleunigte

nigte Integration sozialistischer Länder in die kapitalistische Weltwirtschaft. Trilaterale Strategien gewannen mit dem Sieg des Trilateralisten Jimmy Carter bei der Präsidentschaftswahl an Bedeutung. Der neue Präsident konnte im Jahre 1977 erklären, daß die USA nun »von der unmäßigen Furcht vor dem Kommunismus befreit wären«, die die frühere Politik bestimmt hätte³⁶.

Die Gründung der TLK ist im Zusammenhang der verstärkten Aktivität einer Reihe staatlicher und internationaler Institutionen und Organisationen – wie der OECD, dem IWF, dem »Council on Foreign Relations«, und verschiedener transnationaler Stiftungen und Forschungsinstitutionen – zu sehen, die darauf ausgerichtet war, den Auswirkungen der weltweiten Rezession 1973/74 entgegenzutreten. Diese Institutionen sahen ihre Aufgaben ähnlich wie die, die ich für die TLK bereits beschrieben habe.

Der diskrete Kollaps des Trilateralismus

Das ehrgeizige Programm der TLK mit dem Ziel der Wiederherstellung transnationaler Kooperation stellte gleichzeitig einen Versuch dar, das Kalte-Kriegs-System zu reformieren – d.h. einige Züge dieses Systems zu modifizieren, die im Verlauf der Nachkriegsentwicklung von Instrumenten zu Hindernissen kapitalistischer Expansion geworden waren und jetzt den Zusammenhalt des internationalen Systems bedrohten. Die Trilateralisten erkannten an, daß die defizitären Ausgaben, die Teile des Kalten-Kriegs-Systems waren – speziell die Militärausgaben –, nicht mehr länger mittels des Mechanismus der internationalen Inflation finanziert werden konnten, ohne die führenden Industrieländer weiter auseinanderzutreiben und zu verschärften politischen Spannungen zu führen. Ebenso war den Trilateralisten klar, daß die Verringerung der Militärausgaben zur Voraussetzung hat, die Bedeutung militärischer Instrumente in der Politik gegenüber der Dritten Welt zugunsten politischer Lösungen zu verringern, die Liberalisierung von Militärdiktaturen in der Dritten Welt voranzutreiben und das Feindbild »sowjetische Bedrohung« teilweise abzubauen. Kurz gesagt: die Trilaterale Fronde beabsichtigte, den Kalten Krieg stufenweise abzubauen oder ihn sogar langsam von der Bildfläche der Geschichte verschwinden zu lassen. Innenpolitisch verlangten prominente Neo-Konservative wie Samuel B. Huntington (auch ein Mitglied der TLK) eine institutionelle Reform des Staates. Huntington kritisierte den Wohlfahrts-Sicherheits-Staat als eine finanziell überdehnte, politisch anachronistische und nicht länger regierbare Institution. Huntington klagte die wachsende Staatsverschuldung und die wuchernde Staatsbürokratie als Ergebnis eines »Exzesses der Demokratie« an. Er stütze seine Argumentation sogar auf linke Kritiker der Haushaltspolitik.³⁸ Beide weisen die historische Abnutzung des Kalten-Kriegs-Modells von Wohlfahrtsstaat und Militärausgaben als Grundlage für die innere und die internationale Entwicklung der kommenden Jahre nach.

Die Reaktion des militärischen Establishments des Kalten-Kriegs-Systems

Schon zur Zeit der Nixon-Administration und der beginnenden Entspannungspolitik regten sich alte und neu gegründete Lobbies des rechten Flügels, außenpolitische Organisationen, Waffenunternehmen, Pentagon-Interessen und verschiedene »anti-sowjetische«

Gruppen³⁰. Kalte Kriegs-Karrieristen wie Paul Nitze, James Schlesinger, Eugene Rostow, Männer also, für die Regierungsaufgaben immer »Kampf gegen den Kommunismus« und Aufrechterhaltung der Ideologie von der »sowjetischen Bedrohung« bedeutete, griffen die Entspannungspolitik an und forderten ein umfassendes Entwicklungsprogramm für eine neue Generation strategischer Atomwaffen. Ab Mitte der siebziger Jahre, lange bevor die iranische Revolution dem Versuch der Carter-Administration, die Militärausgaben zu drosseln und sich an die nationalen Befreiungsbewegungen der Länder der Dritten Welt anzunähern, den Todesstoß versetzte, waren einflußreiche Kalte-Krieg-Lobbies wie das »American Security Council«, das »Committee on the Present Danger« und das »National Strategy Information Center«, eifrig dabei, den Anti-Kommunismus zu schüren und erhöhte Waffenausgaben zu propagieren. Diese Gruppen attackierten auch die Entspannung und den Trilateralismus als eine verheerende Politik und als Ursache für Amerikas Abstieg als Weltmacht.⁴⁰ Zur gleichen Zeit stimmten eine Reihe internationaler außenpolitischer Gremien wie das Atlantikinstitut in Paris und das International Institute for Strategic Studies in den Ruf nach einem Ausbau der konventionellen und strategischen Waffen der Westlichen Allianz ein. Mit dem revolutionären Sturz des Schah-Regimes im Iran und der linken Machtübernahme in Nicaragua in den späten siebziger Jahren stellte sich eine abrupte Verschiebung innerhalb der herrschenden Eliten Amerikas ein. Sogar die Trilateralisten bekamen nun Furcht vor den Entwicklungen in der Dritten Welt und schlossen sich dem rapide wachsenden Konsens für eine Erneuerung des Kalten Krieges an. Die OPEC-Preiserhöhung des Jahres 1979, die sich verschärfende Konkurrenz zwischen den USA, Europa und Japan und die sich durchsetzende Einsicht, daß die Weltwirtschaftskrise (insbesondere die Stagflation der amerikanischen Wirtschaft) sehr viel ernster war, als zuerst vermutet, trieben die amerikanischen Führer wie eine Herde Schafe zurück in die verfallende Festung des Kalten Krieges.⁴¹

Trilateralismus als ein vergeblicher Versuch zur Beendigung des Kalten Krieges

Der Niedergang der Entspannungspolitik und der Trilateralen Kommission in der Spätphase der Carter-Administration ist eine Lektion über die tiefe Verankerung des Kalten Krieges in der amerikanischen Politik und die politische Verletzbarkeit jedes US-Präsidenten, der die Wirtschafts- und Militärstruktur des Kalten Krieges anzutasten bzw. abzubauen versucht.⁴² Mutige Anstrengungen in dieser Richtung wurden von Carter in der ersten Hälfte seiner Amtszeit unternommen. Er verringerte den Militärhaushalt, leitete weitreichende Pläne zur Rüstungskontrolle und Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung atomarer Technologie ein und praktizierte eine gewisse militärische Zurückhaltung in der Dritten Welt und versuchte, die Entspannungspolitik mit der Sowjetunion zu vertiefen. Aber diese Initiativen, die darauf abzielten, politische und ökonomische Reformlösungen zur Krise des Kalten-Kriegs-Systems zu finden, waren von Anbeginn zum Scheitern verurteilt. Andererseits waren Carters Maßnahmen, so mutig sie für eine US-Exekutive waren, nichtsdetrotz halbherzig, zögernd und mit zu vielen Konzessionen an das Kalte-Krieg-Establishment vermischt. Hinzu kommt, daß die US-dominierten Militärdiktaturen nicht friedlich verändert werden konnten, ohne explosive soziale Spannungen freizusetzen. Carters Bemühungen wurden auch durch seine Unfähigkeit und Unwilligkeit hinsichtlich einer breiten Mobilisierung öffentlicher Unterstützung für sein Programm erschwert. Am

Ende seiner Amtszeit verleugnete der Südstaaten-Demokrat die amerikanische Arbeiterklasse, indem er ein Anti-Inflations-Programm und gegen die Arbeiterschaft gerichtete Maßnahmen übernahm, wie sie von allen Sektoren des großen Kapitals verlangt wurden (einschließlich trilateraler Unterstützer und Förderer Carters).⁴³ Infolge dieser Politik war während der der 1980er Wahl vorausgehenden Periode die Nachkriegs-Koalition von Regierung und organisierten Teilen der Arbeiterklasse im Begriff zusammenzubrechen und die Führung der Demokratischen Partei von ihrer traditionellen Basis in der Arbeiterklasse weitgehend abgeschnitten. Im Protest gegenüber Carter und verführt von den »Supply-side« Rezepten zur Überwindung der Wirtschaftskrise, wandten sich viele Arbeiter verzweifelt und hilflos nach Reagan zu. Jimmy Carters tapferer Versuch, das Kalte-Kriegs-System zu verändern, fand daher sein vollkommen widersprüchliches und pervers logisches Ende in dem Erdrutschsieg Reagans.⁴⁴ Auf der einen Seite brach damit die politische Mitte der amerikanischen Innenpolitik zusammen und hinterließ eine verwirrte und zersplitterte Wählerschaft; auf der anderen Seite wurde ein Präsident gewählt, der versprach, den Kalten Krieg in einem historischen Augenblick wiederzubeleben, als die ökonomische Basis in den Trümmern lag.

Die Neue Rechte

Bis zum 'New Deal' wurde die Geschäftswelt (»Business«) als Verteidiger des Individualismus und als Bollwerk gegenüber dem Aufstieg des Wohlfahrtsstaates angesehen. Nun kommt es der Rechten so vor, als ob die Geschäftswelt ein Kollaborateur wäre. Die wuchernde Bundesbürokratie symbolisiert für die Neue Rechte einen riesigen, teilnahmslosen Staat, der die untere amerikanische Mittelklasse unterdrückt, ein sich langsam bewegender Goliath von nicht-gewählten öffentlich Bediensteten, die mehr und mehr die Amtsgewalt übernehmen, die einst auf die gewählten Vertreter begrenzt war. Die Bürokratie ist entfernt vom Volk – gesichtslos, anonym, riesig –, schwerfällig doch immer mehr Gehorsam verlangend und eine immer größere Rolle im täglichen Leben der Bürger spielend.

Alan Crawford, *Thunder on the Right, The »New Right and the Politics of Resentment«*

Sie (die Macht der Neuen Rechten, d.V.) steht in keinem Verhältnis zu der Größe ihrer Wählerschaft, weil es ihr gelingt, erfolgreich die öffentliche Meinung zu beeinflussen und so den Eindruck zu vermitteln, daß die öffentliche Meinung noch reaktionärer ist als sie tatsächlich ist.

Der Demokratische Kongreßabgeordnete Paul Simon.

Die Neue Rechte trat zum ersten Mal in Form einer Welle von Protesten der Mittelklasse gegenüber den Protest- und Bürgerrechtsbewegungen der sechziger Jahre in Erscheinung.⁴⁵ Ihre tieferen Ursachen können jedoch nicht von den komplexen ökonomischen, kulturellen, politischen und demographischen Veränderungen des Nachkriegskapitalismus, besonders in den traditionell konservativen Regionen des Südens, Mittelwestens und Südwestens, abgetrennt werden. Zwei Triebkräfte dieses Umwandlungs-Prozesses waren die Internationalisierung des amerikanischen multinationalen Kapitals während der fünfziger und sechziger Jahre und die sich beschleunigende wirtschaftliche Konzentration in tradi-

tionellen Sektoren wie der Landwirtschaft, der Verarbeitenden Industrie und der tertiären Dienstleistungsindustrien. Kleine Bauern des Mittelwestens, Laden- und Geschäftsinhaber sahen sich mit zunehmenden wirtschaftlichen Einbußen konfrontiert und machten das »östliche Establishment«, »Big Government« und den Wohlfahrtsstaat für das Untergehen ihrer provinziellen Welt verantwortlich. In den späten sechziger und frühen siebziger Jahren erschien eine wachsende Zahl von Organisatoren der Neuen Rechten auf der Bildfläche, darauf bedacht, aus der weitverbreiteten Unzufriedenheit und Ratlosigkeit verschiedener gesellschaftlicher und religiös-kultureller Gruppierungen, die darum kämpften, mit dem Schock des Zusammenbruchs der Nachkriegsprosperität fertig zu werden, Kapital zu schlagen. Ein wichtiges Charakteristikum der Neuen Rechten besteht in ihrer klassenübergreifenden und die traditionellen Parteilinien überschreitenden Ansprache. Die Neue Rechte hat nicht nur Unterstützung unter den Farmern und Hausfrauen des Mittelwestens gefunden, sondern auch unter – sowohl demokratischen als auch republikanischen – Arbeitern. Die Aktivisten der Neuen Rechten setzen sich aus einer Armee junger, auf der Universität ausgebildeter, enthusiastischer Kader zusammen, deren verschiedene Interessen nicht auf ein paar vereinfachte ökonomische Formeln reduziert werden können.

Die Neue Rechte wird unmittelbar mit den Eintreten für eine Rückkehr zur freien Marktwirtschaft identifiziert. Aber sie entwickelt sich zu einer beachtlichen Basisbewegung erst in dem Moment, als sie Probleme wie den Zusammenbruch der Familie, die Forderungen der Frauenbewegung, Pornographie und Religionsunterricht in öffentlichen Schulen aufgriff und als Ein-Punkt-Bewegungen (»single-issue-movement«) zur Geltung brachte. Als nationale Bewegung ist die Neue Rechte ein gut koordinierter, aber höchst heterogener Zusammenschluß solcher »Ein-Punkt-Bewegungen.«⁴⁶

Auf der mittleren Organisationsebene der Bewegung stehen die »Political Action Committees«, (PAC's), die entweder durch kleine, individuelle Beiträge oder von rechtslastigen Millionären und von Unternehmen finanziert werden, die sich in zunehmendem Maße der radikalen Bewegung zugewandt haben, um die Gewerkschaften und die wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben anzugreifen.⁴⁷ Schon im Jahr 1964 hatten Kräfte der Neuen Rechten auf dem Parteitag der Republikaner einen überraschenden Erfolg, als sie den gemäßigten Flügel der Partei in den Abstimmungen überrundeten. Barry Goldwater wurde als Präsidentschaftskandidat nominiert, bevor reiche, konservative Republikaner schockiert und verärgert bemerkten, daß es der Neuen Rechten gelang, erfolgreich zu mobilisieren und unabhängig eine nationale Präsidentschaftskampagne zu finanzieren⁴⁸. In den siebziger Jahren revolutionierte die Neue Rechte die traditionelle amerikanische Politik durch die technisch fortgeschrittene Anwendung computergespeicherter Adressenlisten zum Ausbau ihrer vielverzweigten bundesweiten Koalition. Neben einer sich vermehrenden Armee junger Aktivisten (etwa eine Million während der Präsidentschaftskampagne von Reagan) baute die Neue Rechte ein Netzwerk von Lobbies, Forschungsinstituten, Verlagshäusern, rechtlichen und religiösen Stiftungen, kirchlichen Gruppen, Radiostationen und überregionalen Dachorganisationen auf.

Wichtig bei dem Aufstieg der Neuen Rechten zu einer landesweiten Bewegung waren solche führenden Köpfe wie der notorisch gewerkschaftsfeindliche Biermagnat Joseph Coors, der politische Organisator und Publizist Paul Weyrich sowie der »Mailorder King« Richard Viguerie⁴⁹. Im Jahr 1974 gründeten Weyrich und Coors das höchst erfolgreiche PAC, das »Committee for the Survival of a Free Congress«, das sich darauf spezialisierte, Kandidaten der Neuen Rechten in den Kongreß zu bringen. Bis 1978 gehörten 10vH des Kongresses

(40 Kongreßabgeordnete und 10 Senatoren) der Neuen Rechten an⁵⁰ – also ein fünfjähriger Aufstieg seit 1972, der wesentlich auf die Unterstützung von Wählern zurückzuführen ist, die an »Ein-Punkt-Bewegungen« teilgenommen haben.

Die ökonomischen Kräfte hinter der Neuen Rechten

Die durch die Expansion des militärisch-industriellen Komplexes ermöglichte Industrialisierung des Südens und Westens schuf in den sog. »Sunbelt-Staaten« bis 1958 die ökonomisch-politische Basis für den Aufstieg der Neuen Rechten. Als Ergebnis eines disproportionalen Anteils militärischer Aufträge⁵¹, die während der sechziger Jahre in die »Sunbelts« flossen, entwickelten sich in Los Angeles, Houston und Denver mächtige Finanzzentren, die zu einer Herausforderung für das internationale Finanzkapital der Ostküste wurde. Die Industrialisierung des Südens wurde weiter beschleunigt durch die Verlagerung von Kapital aus dem gewerkschaftlich starken Nordosten in die »gewerkschaftsfreien« Zonen des Südens und Südwestens. Die Wirtschaftskrise der frühen siebziger Jahre begünstigte diesen Trend.

Das militärisch bedingte Wirtschaftswachstum der »Sunbelts« trug zur Entstehung mächtiger klassenübergreifender Wählergruppen bei, deren Existenzgrundlage auf hohen Militärausgaben und der Fortsetzung des Kalten Krieges beruhte.

Die Neue Rechte als eine Fraktion des Kapitals

Um die Beziehungen zwischen der Neuen Rechten und der Wirtschafts- und Außenpolitik der Reagan-Administration zu verstehen, müssen wir die kapitalistischen Elemente der Neuen Rechten, die Industrien, die sie kontrolliert, und ihre Beziehungen zu dem multinationalen Kapital des Ostens untersuchen.⁵² Die Spitzenindustrien des »Sunbelt« – Luftfahrt, Elektronik und die multinationalen Ölunternehmen – werden nicht durch die Neue Rechte kontrolliert, sondern durch das Großkapital der Ostküste. Die führenden Kapitalisten der Neuen Rechten – einige davon bildeten Präsident Reagans sog. »Küchenkabinette« – besitzen Anteile an Bauindustrie, Erdölsuche, Tourismus- und Freizeitindustrie, Agrarindustrie, Immobilien, Supermärkten, Textilherstellung und einer Reihe sonstiger industrieller und tertiärer Unternehmen. Weder große Militärgüterlieferanten und Verteidigungsunternehmen noch kalifornische Unternehmen aus dem Bereich der Spitzentechnologie (Luftfahrt, Elektronik usw.) sind von größerer Bedeutung innerhalb der Neuen Rechten. Welches sind die Eigenschaften der ökonomischen Interessen der Neuen Rechten, die uns erlauben, sie als eine »Klassenfraktion« zu definieren?

- (1) das Übergewicht von familienkontrollierten Unternehmen (de jure oder de facto);
- (2) viele Unternehmen sind arbeitsintensiv; alle sind außerordentlich gewerkschaftsfeindlich und gegen den Wohlfahrtsstaat eingestellt;
- (3) die Kapitalisten der Neuen Rechten haben Wirtschaftsinteressen im Mittleren Osten und in geringerem Maße in Mexiko und Zentralamerika;
- (4) sie sind miteinander über komplexe Verflechtungen von Investitionen, verdeckten Aktienbeteiligungen und über ihre direkte Teilnahme an Grund- und Bodenspekulationen im Sunbelt verbunden.

Kapitalisten der Neuen Rechten haben aus dem kommerziellen Immobiliengeschäft und der Verpachtung von Ölquellen eine beachtliche finanzielle Autonomie erworben. Sie sind ein Block von Quasi-Rentiers

»... mit großen objektiven Interessen in der Aufrechterhaltung der Bedingungen des ökonomischen Booms in den Sunbelt-Staaten und in der Erhaltung der aufgeblähten Land- und Ressourcenbeteiligungen. Genau wegen ihrer ureigenen Abhängigkeit von überhitzten ökonomischen Bedingungen und hohen Wachstumsraten haben sie ein überragendes Interesse an der Versicherung, daß die Transfermechanismen des Bundes – vermittelt über die Verteidigungsausgaben – weiterhin zugunsten der Sunbelt-Staaten funktionieren.«^{52a}

Die Machtstruktur der Neuen Rechten unterscheidet sich also von der des Ostküsten-Establishments in vielerlei und grundlegender Hinsicht, was, wie wir sehen werden, einen direkten Bezug zu der wachsenden Unordnung und den Konflikten in der internationalen Wirtschaft hat. Die Kapitalisten der Neuen Rechten sind Privat-Unternehmer im eigentlichen Wortsinne; das macht sie in besonderem Maße besorgter um ihre partikularistischen, beschränkten wirtschaftlichen und politischen »Parvenue-Interessen« als die multinationalen Kapitalisten der Ostküste mit ihrer Orientierung nach Europa, ihrem angelsächsischen und deutsch-jüdischen kulturellen Hintergrund, ihrem breiter angelegten internationalen Weitblick, und – im Gegensatz zu den *nouveaux riches* des Sunbelt – ihrer Erfahrung als herrschender Klasse, deren Profitinstinkte durch die Einsicht gezügelt werden, daß Geld, Zerschlagung der Gewerkschaften, Rassismus und Kriegshetzerei kaum ausreichend sind, um das Minimum an sozialer und politischer Ordnung aufrechtzuerhalten, das zur Sicherung kapitalistischer Herrschaft notwendig ist.

Die Neue Rechte und die Politik der Reagan-Administration

Ein anderer wichtiger Unterschied zwischen den kapitalistischen Emporkömmlingen der Neuen Rechten und ihren aristokratischen Verwandten im Osten ist das Verhältnis ersterer zur Inflation – eine Quelle wachsender Spannung zwischen den USA und all den Ländern, die mit dem Dollar verbunden sind. Das Einkommen der Kapitalisten der Neuen Rechten, das zum großen Teil aus Boden- und Ressourcenspekulationen stammt, ist relativ unverwundbar durch die Inflation; anders stellt sich dies für die Verarbeitende Industrie des Nordostens und die großen internationalen Wertpapier- und Aktienkapitalmärkte des multinationalen Finanzkapitals dar. Während die Inflation das Wachstum in den primären und tertiären Sektoren des Sunbelt unterstützt und zu großen Spekulationsprofiten aus Ländereien und Ölverpachtungen beigetragen hat, hat sie zugleich die Kosten zum Ersatz des fixen Kapitals in die Höhe getrieben.⁵³ In dem Maße, in dem die Inflation die Brennstoffkosten erhöht, bewirkt sie auch eine Entwertung von älteren, energieintensiven Technologien des industrialisierten Nordostens. Inflation senkt außerdem den Wert des Dollars und wirkt destabilisierend auf die Weltmarktpreise für Schlüsselgüter, einschließlich des Rohöls aus dem Nahen Osten. Auf diese Weise beeinträchtigt die Inflation die Fähigkeit des multinationalen Kapitals, den Dollar als ein Instrument der internationalen Expansion der USA einzusetzen.⁵⁴ Die differenzierten Auswirkungen der Inflation auf die Neue Rechte und das multinationale Kapital unterstreichen wichtige Aspekte der Hauptkonfliktpunkte zwischen »Sunbelt« und östlichem multinationalem Kapital. Die unterschiedlichen Effekte der Inflation auf das »Sunbelt« und multinationale Ostküstenkapital führen zu un-

gelösten Hindernissen, mit denen die Reagan-Regierung bei ihren erfolglosen Versuchen, eine konsistente Innen- und internationale Politik einzuführen, konfrontiert ist. Östliche multinationale Investment-Interessen – und aus ähnlichen Gründen die führenden amerikanischen Verbündeten – haben die Reagan-Regierung unter zunehmenden Druck gesetzt, eine anti-inflationäre Politik zu verfolgen. Das könnte zum Beispiel in einer Form geschehen, in der die Rüstungsausgaben gekürzt werden und dadurch das Haushaltsdefizit verringert wird; oder durch Steuererhöhungen oder durch eine Kombination von beidem. Keine dieser Maßnahmen liegt jedoch im Interesse der Kapitalisten der Neuen Rechten, weil sie durch hohe Militärausgaben die Hochkonjunktur in dem »Sunbelt« nicht aufrechterhalten können. Die Abhängigkeit der Kapitalisten der Neuen Rechten von inflationärem Wachstum erklärt auch deren Unterstützung von Reagans angebotsorientiertem Programm einer »Reindustrialisierung« auf der Grundlage von Steuersenkungen⁵⁵.

Gemeinsame und gegensätzliche Interessen innerhalb der Reagan-Regierung

Die tiefen Gegensätze der Reagan-Administration und ihre Unfähigkeit, eine kohärente Innen- oder Außenpolitik zu entwerfen, entstammen nicht nur den opponierenden ökonomisch-politischen Interessen der innerhalb der amerikanischen Exekutive vertretenen Ostküsten- und Sunbelt-Eliten, sondern auch der Tatsache, daß die Antagonismen zwischen diesen Gruppierungen keineswegs klar abgegrenzt sind. Vielmehr sind sie teilweise durch gemeinsame ökonomische und sicherheitspolitische Sachzwänge verwischt. Aus diesem Grunde sind die Fronten zwischen diesen zwei kapitalistischen Fraktionen und zwischen den Wählerkreisen, die sie mobilisieren können, höchst instabil und verschiebbar.

Es ist kaum überraschend, daß die Reagan-Regierung von Kabinettskrisen und internen Spaltungen betroffen wird.⁵⁶ Über grundlegende Fragen der Innen- und Außenpolitik gibt es noch nicht einmal auf der höchsten Regierungsebene einen klaren Konsens.⁵⁷ Im Gegensatz zu der Carter-Administration, deren Zickzack-Kurs auf persönliche »Unentschlossenheit« zurückgeführt wurde, werden die politischen Differenzen im Weißen Haus unter Reagan gegenüber der Öffentlichkeit als eine Debatte zwischen hochstehenden Vertretern wie z.B. Haig versus Allen (die mit Allens erzwungenem Abschied endete) oder Haig vs. Weinberger (d.h. bis Haigs Rücktritt Ende Juni) verkauft.⁵⁸ Die Inkohärenz in der Politikpraxis wurde schon so penetrant, daß die internen Machtkämpfe teilweise in Presseverlautbarungen »legitimiert« und zur gleichen Zeit auf eine Weise verhüllt werden mußten, die eher an eine politische Posse als an Staatsführung erinnerte (ebd.).

Einerseits teilt z.B. die Neue Rechte mit den Multinationalen einen grundsätzlichen Konsens über die Notwendigkeit einer militärischen Aufrüstung. Andererseits bleibt innerhalb dieses Konsenses Uneinigkeit über 1. wie groß der Rüstungshaushalt sein sollte, 2. welchen Waffensystemen (z.B. konventionelle oder strategische, und wenn strategische, welche) Priorität eingeräumt werden sollte.⁵⁹

Beide Fragen sind nicht zu trennen vom dem heftigen und z. Zt. kaum beherrschbaren Konkurrenzkampf der Teilstreitkräfte um größere Anteile an den begrenzten Verteidigungszuweisungen, da die einzelnen zur Debatte stehenden Waffensysteme in jeweils bestimmte Abteilungen fallen. Obwohl die Demarkationslinie zwischen der Neuen Rechten und der Multinationalen Elite nicht in jedem Fall deutlich ist, betonen die Neuen Rechten im allgemeinen die Priorität teurer strategischer Systeme, die die Wirtschaft der Sunbelt-

Region anregen, während die Multinationalen auf der größeren Bedeutung der Aufstockung der amerikanischen konventionellen Streitkräfte beharren. Diese Präferenz spiegelt zum Teil die Krise der nordöstlichen Industrien wider, die durch konventionelle Aufrüstung (Panzer, Schiffbau) ihre Verwertungskrise abzuschwächen hofft.⁶⁰

Die gegenwärtige Debatte dreht sich um die Frage nach welchen wirtschaftlichen und strategischen Prioritäten die begrenzten Verteidigungsfonds verteilt werden sollen.

Geht man von den enormen Profiten, die getätigt werden können, und den steil ansteigenden Verteidigungskosten aus, dann ist klar, daß die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Interessengruppen der Wirtschaft, des Pentagon und der Politik stark ist und zu einem Hauptfaktor der mangelnden Klarheit der Reagan-Administration über ihre gesamten Verteidigungsprioritäten und -strategien in den Achtzigern wurde.⁶¹ Die Neuen Rechten und die multinationalen Interessen teilen einen Konsens darüber, daß der Wiederaufbau der amerikanischen Wirtschaft deflationäre Maßnahmen erfordert: die Kürzung von Löhnen und die Senkung des Sozial-Etats. Durch die Kürzung der Löhne und Sozialleistungen soll zusätzliches Investitionskapital verfügbar gemacht werden, um die Konkurrenzfähigkeit der US-Industrie auf dem Weltmarkt und die Profitrate zu erhöhen.⁶²

Im Rahmen dieser Maßnahmen zur Gesundung der amerikanischen Wirtschaft begannen die von der Neuen Rechten geförderten oder von Unternehmen unterstützten »PAC's« während der siebziger Jahre, den Einfluß der Gewerkschaften zu bekämpfen. Gegenstand einer großangelegten Offensive wurden die Arbeitsschutz- und Umweltschutzgesetze, sowie sämtliche Regulierungen des Kapitals durch den Staat zum sozialen und ökonomischen Schutz der Arbeiter, Armen und Minoritäten. Ein wichtiger Erfolg dieser Kampagne der Neuen Rechten war die Ablehnung von Carters Vorschlag zur Gründung einer 'Agentur für Verbraucherschutz' sowie die Zurückweisung der 'Labor Reform Bill'.⁶³

Der Verfall der amerikanischen Innenpolitik und die Periode des Übergangs

Ein Prozeß schleichender Entlegitimierung vereinigte sich mit der Fragmentierung, ja Pulverisierung des öffentlichen Lebens, schuf so ein großes Vakuum in der Mitte des amerikanischen Gemeinwesens. Die Führungsschicht für die Außenpolitik spricht, wie andere Führungsschichten, nur noch mit sich selbst.

Norman Birnbaum (Europa Archiv 18/1980)

Es ist zu bezweifeln, daß Reagans Sieg einen Beitrag zu einer »kritischen Neuordnung« liefert – einer dauerhaften Umformung der wichtigsten politischen Elemente, Koalitionen und der tragenden Gruppen der Parteien, die periodisch die Fähigkeit der organisierten amerikanischen Politik erneuerten, politische Konflikte zu artikulieren.

... was den Sieg Reagans am ehesten repräsentiert, keine kritische Neuordnung ist, sondern ein fast ebenso schicksalhafter Zerfall, eine kontinuierliche Desintegration jener politischen Koalitionen und ökonomischen Strukturen, die der amerikanischen Parteipolitik der vergangenen Generation Stabilität und Bestimmung gegeben haben.

Thomas Ferguson, Joel Rogers 1981

Das Wahlbündnis, das Ronald Reagan an die Macht brachte, wurde von den Neuen Rechten, alten Rechten, Neo-Konservativen, »Alt-Liberalen« und gemäßigten republikanischen

Elementen getragen. Reagans Erfolg als Präsidentschaftskandidat, der vom rechtensten »wild-western«-Flügel des amerikanischen politischen Spektrums kommt, lag zum Teil an der Bereitschaft seiner Wahlkampfstrategen, in den letzten Phasen der Kampagne Verhandlungen mit gemäßigten Republikanern und Multinationals der Ostküste einzugehen.⁶⁴ Zu Beginn des Wahlkampfes bekam Reagan vorbehaltlose, politisch jedoch ungenügende Unterstützung von alten und neuen Rechtskräften, die schon bei der kompromißfeindlichen und deshalb gescheiterten Präsidentschaftskampagne von Barry Goldwater im Jahre 1964 aktiv waren. Hinter Reagan sammelten sich sowohl arbeitsintensive kleine und mittlere, südliche und westliche Firmen wie auch größere nationale Ölkonzerne, von denen alle entschieden protektionistisch sind und sich wenig – wenn überhaupt – um europäische Wirtschaftsinteressen scheren. Diese Kräfte stehen aus ähnlichen Gründen den internationalen US-amerikanischen Öl- und anderen großen multinationalen Konzernen unmittelbar feindselig gegenüber, weil deren globale Expansion seit zwei Jahrzehnten die ausschließlich binnenwirtschaftlichen Interessen der kleinen und mittleren Firmen durch die Internationalisierung der amerikanischen Wirtschaft und das zunehmende Hineinströmen ausländischer Produkte bedroht hat.

Im Verlauf seines Wahlkampfes wurde durch den nicht aufzuhaltenden Popularitätsverlust Carters immer deutlicher, daß Reagan eine große Chance hatte, die Wahlen zu gewinnen. Wichtige Teile des Ostküsten-Establishments, einschließlich solcher Persönlichkeiten wie Henry Kissinger, Bankier David Rockefeller sowie anderer Trilateralisten sowohl von der Demokratischen als auch von der Republikanischen Partei, traten hinter den Kulissen in Verhandlungen mit den Reagan-Kräften ein. Diese neue Unterstützung sicherte Reagans Sieg, vergrößerte sein Mandat und gab den gerade übergewechselten Internationalisten Mitspracherechte bei der zukünftigen politischen Linie und der Postenvergabe in der Regierung. Das Bündnis war stark genug, die Wahlen zu gewinnen, aber es garantierte gleichzeitig, daß die Reagan-Administration kein tragfähiges, einheitliches Programm entwerfen konnte, um die amerikanische politische Ökonomie in den Griff zu bekommen. Die Wahl von Reagan markierte eine grundlegende Veränderung im traditionellen amerikanischen Wahlverhalten und spiegelt den Zusammenbruch der liberalen »Kalten-Kriegs-Koalition« von Unternehmen, Regierung und Arbeit wider.⁶⁵ Diese tiefgreifende Umwälzung hat eine Periode innenpolitischer Unruhe ausgelöst, die alle Ebenen staatlicher Macht und sozialer Schichten umfaßt. Bis zum Ende der Nachkriegsprosperität und dem Aufkommen ernster Stagnationserscheinungen in den 70er Jahren haben die verschiedenen innenpolitischen Kräfte noch mit Mühe innerhalb des Staates und des traditionellen Rahmens des Zwei-Parteien-Systems zusammengehalten. Inzwischen ist eine scharfe Polarisierung eingetreten, und gegenwärtig engagieren sie sich in einem immer mehr in der Öffentlichkeit ausgetragenen politischen Machtkampf, um ihre gegenseitig bedrohten ökonomischen und politischen Interessen zu verteidigen.

Die Entstehung von »Ein-Punkt-Bewegungen«, die sich mit der Neuen Rechten verbinden, die wachsende Zahl außerstaatlicher Vereinigungen und Lobbies, die politische Unzufriedenheit einer Mehrheit von Amerikanern – abzulesen an der extrem niedrigen Beteiligung an lokalen und nationalen Wahlen –, und die schwindende Macht der Gewerkschaften sowie der Demokratischen Partei bei der Verhinderung eines weiteren Abbaus der demokratischen Institutionen der Arbeiterklasse sind Symptome der gegenwärtigen innenpolitischen Krise Amerikas.⁶⁶ Weder in der Regierung Reagan noch in den sich verschiebenden Überresten der traditionellen Opposition existiert ein eindeutiger Konsens über die zu er-

wartenden politischen Entwicklungen in den achtziger Jahren oder über die notwendigen politischen und ökonomischen Maßnahmen, mit denen den gegenwärtigen und zukünftigen nationalen und internationalen Krisen begegnet werden soll.

Wichtig ist dabei die Tatsache, daß es keine hegemoniale Fraktion gibt, die heute in der Lage wäre, die amerikanische Politik zu bestimmen. Der Aufbau eines neuen innen- und außenpolitischen Konsenses, die Ausarbeitung und Umsetzung eines neuen Modells politischer und ökonomischer Entwicklung in den achtziger und neunziger Jahren, die Restrukturierung der Wirtschaft sowie die Neubestimmung des Verhältnisses von Arbeiterklasse und Gewerkschaften zur Wirtschaft und zur Regierung bilden die Hauptinhalte des gegenwärtigen Zersetzungs- und Umbildungsprozesses in den USA. Das Ergebnis dieses Prozesses ist auf dieser Stufe höchst unvorhersehbar.⁶⁷

Wegen der gegenseitigen Durchdringung von Innen- und Außenpolitik wird die gegenwärtige Übergangsperiode in den Vereinigten Staaten auch von der Politik der amerikanischen Alliierten gegenüber der Reagan-Administration bestimmt. Ebenso wichtig wird das Maß öffentlicher Mobilisierung der Arbeiterklasse, der Armen, der jungen Generation und anderer sozialer Kräfte sein, deren Existenz am ernsthaftesten durch die Austeritätsmaßnahmen und den Militärhaushalt der Reagan-Regierung bedroht ist.

Der grundlegende Gegensatz in Reagans Haushalt zwischen Ausgabensteigerung bei der Verteidigung und Streichungen im Sozialetat hat in der öffentlichen Meinung unmißverständlich die historische Widersprüchlichkeit der Kalten-Kriegs-Politik ins Blickfeld gerückt: In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden hohe Militärausgaben von der Mehrheit der Amerikaner nur unter der Bedingung fortgesetzter Prosperität akzeptiert. Hohe Rüstungsausgaben, eine deflationäre Wirtschaftspolitik und ein Teilabbau des Wohlfahrtsstaates bedeuten deshalb eine einmalig ungewöhnliche Entwicklung für die amerikanische Innenpolitik in der Nachkriegszeit.⁶⁸ Die Schwierigkeit, der sich die Reagan-Administration gegenübersehen, wird in der rapiden Abnahme öffentlicher Unterstützung für den Präsidenten deutlich. Gemäß einer landesweiten Meinungsumfrage des Time-Magazins vom 5. April unterstützten 51 Prozent der Bevölkerung die Regierung nicht mehr und 52 Prozent sprechen sich gegen eine zweite Kandidatur Reagans aus. Die wichtigsten Gründe für den Verlust der Popularität sind laut Time die amerikanische Außenpolitik und die Angst vor einem Atomkrieg.

Das Schwanken und die Unvorhersehbarkeit der gegenwärtigen innenpolitischen Entwicklung wird ebenfalls eindringlich durch das spektakuläre Wachstum der amerikanischen Friedensbewegung während der vergangenen sechs bis acht Monate demonstriert. Kaum daß die Reagan-Regierung ihr vermeintliches Mandat für die enorme Erhöhung der Rüstungsausgaben gewonnen hatte, bekämpften nun viele von denjenigen Wahlkreisen, die für ihn gestimmt hatten, aktiv den Ausbau der amerikanischen Nuklearstreitmacht. Die gegenwärtige »freeze«-Kampagne für ein bilaterales Moratorium gegen die Herstellung von neuen Atomwaffen durch die Supermächte wird zu einer breitverankerten und potentiell größeren Bewegung als die Anti-Vietnam-Protteste in den späten 60er Jahren. Die Bewegung reicht von der konservativen Rechten bis zu alten und neuen Linken. Sie umfaßt Unternehmer, Gewerkschafter, religiöse Gruppen, hat eine wachsende lokale, regionale und nationale Basis in der Bevölkerung, und schließt Demokraten, Republikaner, Abrüstungslobbies, ein weites Spektrum von Berufsgruppen (Ärzte, Juristen, Künstler), Kongreßabgeordnete, Senatoren und selbst einige hochdotierte ehemalige Mitglieder des Militärs ein. Die Größe und der steigende Einfluß der »freeze«-Kampagne wird in der Entscheidung der

Senatoren Edward Kennedy und Mark Hartfield deutlich, die Anfang März eine Resolution in den Kongreß einbrachten, die zum Einfrieren der Tests, Produktion und Stationierung nuklearer Waffen aufrief. Die Initiative wurde von 22 Senatoren und 150 Abgeordneten unterstützt.⁶⁹

Wenn die derzeitigen Oppositionsbewegungen in den USA an die Protest-Bewegung gegen den Vietnamkrieg erinnern, so unterscheiden sie sich doch in wichtigen Punkten: Im Gegensatz zu der Anti-Vietnambewegung verläuft das Wachstum der gegenwärtigen Friedensbewegung nicht vor dem Hintergrund einer großangelegten konventionellen militärischen Intervention im Ausland; sie entstand sogar noch *vor* der Billigung des geplanten Waffenexpansionsprogramms durch den Kongress. War sich die amerikanische Öffentlichkeit während des Vietnamkrieges über das Ausmaß der finanziellen Lasten des Konfliktes nicht im klaren, so stehen demgegenüber die ökonomischen Kosten der Reaganschen Außen- und Militärpolitik heute im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Niemals zuvor in der Nachkriegsgeschichte war die Erhöhung der Militärausgaben so eng mit der erzwungenen Senkung des Lebensstandards verknüpft wie heute.⁷⁰ Nach 18 Monaten Amtszeit hat die Reagan-Administration mit wachsenden internen Widersprüchen im gesamten Bereich der Innen- und Außenpolitik zu kämpfen: wie groß der Rüstungshaushalt sein sollte, welche Haltung die USA gegenüber ihren NATO-Partnern, der Sowjetunion, China, dem Nahen Osten, Polen, Mittelamerika und anderen Teilen der Dritten Welt einnehmen sollte.⁷¹ Die Konflikte stellen nicht nur die alltägliche Effektivität der Reagan-Regierung in Frage, sondern tragen darüber hinaus zu der sich fortsetzenden Kriegsentwicklung der internationalen Lage bei. Allmählich nimmt die Öffentlichkeit wahr, daß »mehr Kanonen« auch »weniger Butter« bedeuten, und den Behauptungen von Ökonomen, daß hohe Militärausgaben zu Prosperität führen und Arbeitsplätze schaffen, schlägt zunehmend Skepsis entgegen. Die Opposition der Unternehmer gegen die hohen Rüstungsausgaben nimmt beträchtlich zu. Die »Business Roundtable-Lobby«, bestehend aus den 200 größten Konzernen des Landes, erklärte ihren Widerstand gegen das Wirtschafts- und Militärprogramm mit dem Argument, daß das wegen der hohen Militärausgaben zu erwartende Budgetdefizit zu hohen Zinsen führen und die wirtschaftliche Aufschwungphase blockieren wird.⁷²

Die amerikanische Krise und Europa

Die gegenwärtige US-Wirtschaftspolitik bedeutet wahrscheinlich eine größere unmittelbare Bedrohung für die globalen Interessen der USA ... als die Sowjets oder sonst wer.

C. Fred Bergsten

Herbst 1981

Hohe Zinsraten und defizitäre Verteidigungsausgaben

Die von der Reagan-Administration geplanten Militärausgaben werden aller Erwartung nach im Haushaltsjahr 1982 zu einem Haushaltsdefizit von 109,5 Milliarden Dollar und 1983 von ungefähr 90 Milliarden Dollar führen.⁷³ Die defizitären Militärausgaben werden die US-Inflation anheizen und die internationale Position des Dollar gefährden. Um die erwartete Inflation zu bremsen, hat die Reagan-Administration eine gelockerte Steuerpoli-

tik mit einer straffen Geldpolitik kombiniert. Der anti-inflationäre Effekt dieser Mischung wird jedoch von einer großen Zahl von Ökonomen bezweifelt.⁷⁴ Europäische Regierungen mit Westdeutschland und Frankreich an der Spitze haben beides kritisiert, die hohen Zinsraten in den USA und den US-Militärhaushalt, die beide die Rezession europäischer Volkswirtschaften intensiviert haben und ein ernsthaftes Hindernis für eine kurzfristige wie für eine langfristige wirtschaftliche Erholung darstellen.⁷⁵ Obwohl die westdeutsche und französische Kritik an der US-Regierung in letzter Zeit schärfer geworden ist, bleibt sie halbherzig, solange beide Regierungen die allgemeine US-NATO-Aufrüstung für die 80er Jahre weiter unterstützen, die schätzungsweise bis 1985/86 1,64 Billionen Dollars kosten wird.⁷⁶ Diese Ausgaben werden die Inflation solange schüren, wie die Reagan-Regierung an ihrem Plan festhält, die Steuern um 750 Milliarden Dollars zu kürzen.

Die inkonsequente Kritik Bonns an den USA

»Europa befindet sich in größerer Gefahr, als die Amerikaner bisher wahrgenommen haben. Das Gefüge von Wirtschaft und Gesellschaft ist durch die tiefste Rezession seit Mitte der 30er Jahre gefährdet.«

Helmut Schmidt, in »International Herald Tribune« 19.2.82

»So wie Vietnam in den 60er Jahren ist die nukleare Abrüstung im Begriffe, zu der zentralen moralischen Streitfrage der 80er Jahre zu werden.«

Rabbi Alexander Schindler, Verband der amerikanischen Hebräischen Gemeinden.

Das eklatanteste Beispiel für die Inkonsistenz der Kritik der westdeutschen Regierung an der Wirtschaftspolitik der USA ist ihre fortwährende Unterstützung des Doppelbeschlusses der NATO vom Dezember 1979, demzufolge 1983 damit begonnen werden soll, in Europa Pershing II und Marschflugkörper zu stationieren. Die Stationierung dieser Waffen bedeutet weit mehr als eine bloße Ergänzung des Atomwaffenarsenals der NATO durch zwei technisch verbesserte Waffensysteme. Pershing II und Marschflugkörper sind ein integraler Bestandteil der globalen US-Militärstrategie, deren Durchführung nicht bloß von der Stationierung dieser Raketen in Europa abhängt, sondern von der Realisierung einer ganzen Reihe konventioneller und Atom-Waffen-Programmen, die durch die Reagan-Administration geplant werden.⁷⁷ Pershing II und Marschflugkörper zu akzeptieren, würde auf eine Legitimation des gegenwärtig geplanten Zuwachses der US-Militärausgaben durch Westdeutschland und Europa hinauslaufen. Es würde dazu beitragen, eine internationale Atmosphäre zu schaffen, die Europa in Zukunft einem größeren wirtschaftlichen und politischen Druck aussetzt, das amerikanische Aufrüstungsprogramm zu unterstützen.

Indem sie den Doppelbeschuß der NATO unterstützt, verknüpft die BRD ihre wirtschaftliche Zukunft und die wirtschaftliche Zukunft Europas mit einer Rückkehr zum Kalten Krieg. Das zu einer Zeit, in der die historischen Voraussetzungen, die dem Kalten Krieg seine wirtschaftliche, politische und militärische Kohärenz gaben, nicht mehr existieren. Da der Kalte Krieg selbst ein größerer struktureller Faktor in der sich vertiefenden Wirtschaftskrise in den USA in der Nachkriegszeit war und ist, ist es klar, daß sogar zögernde europäische Unterstützung für die gegenwärtige Außenpolitik der Reagan-Administration nur die jetzt schon ernstesten Probleme vertiefen kann, die mit der Stagflation in den USA

verbunden sind, und die schon während der 70er Jahre zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und Europa und Japan beitrugen.⁷⁸ Daß die NATO-Alliierten zu größeren Militärausgaben genötigt werden, muß außerdem als ein Mittel gesehen werden, die europäische Wirtschaft zu belasten und sie eines störenden Wettbewerbsvorteils zu berauben, dessen sich vor allem die BRD erfreut, da ihre Verteidigungsausgaben verglichen mit denen der USA relativ gering sind. Die Europäer und insbesondere die Bundesrepublik sollen gezwungen werden, die amerikanische Wirtschaftspolitik, die auf Aufrüstung beruht und notwendigerweise mit einschneidenden Streichungen in den Sozialausgaben und Lohnabbau verbunden ist, zu übernehmen.

Die Kosten von Pershing II und Marschflugkörpern

Für dreißig Jahre (1945-1975) basierte die Rolle einer Supermacht, die die USA spielte, auf ihrer überragenden Stärke hinsichtlich militärischer Einsatzfähigkeit und wirtschaftlichem Wohlstand. ... Herausgefordert durch die überlegene wirtschaftliche Leistung ihrer Alliierten in der atlantischen und der pazifischen Sicherheitszone und in ihrer wirtschaftlichen Sicherheit durch das Ölkartell der OPEC bedroht, kann sich die USA nicht mehr länger als absolut überlegene Supermacht präsentieren. Noch kann dies die Sowjetunion, weil auch sie durch die nationalistischen Herausforderungen ihrer Allianzpartner gehemmt wird. Die Fähigkeit der USA, ihre frühere Überlegenheit wiederherzustellen, ist durch drückende wirtschaftliche Überlegungen begrenzt. Konfrontiert mit einer beispiellosen Bedrohung durch Inflation und niedriges wirtschaftliches Wachstum müssen die USA ihre Verteidigungsausgaben in den kommenden Jahren beschränken. Wenn sie zu viele Ressourcen in die Verteidigung investieren, werden industrielle Produktivität und Wert des Dollars fallen, und die Verwundbarkeit der USA durch wirtschaftliche Manöver ihrer Alliierten und ihrer Gegner wird drastisch zunehmen. Wenn die USA während der 80er Jahre in die militärische Beschaffung unklug investieren sollten, werden sie ihre politische Führungsposition ernsthaft unterminieren.

Es gibt drei Forderungen für militärische Beschaffungen während der 80er Jahre: 1. die strategischen Abschreckungswaffen sollen erweitert und modernisiert werden; 2. die Schauplatzwaffen in Europa sollen ausgeweitet werden; und 3. soll die Einsatzfähigkeit der Marinestreitkräfte in der Dritten Welt weiter ausgedehnt werden. Es ist fraglich, ob eine dieser Steigerungen erfolgreich durchgeführt werden kann *und* es dadurch zu einem Gewinn an politischer Macht kommen wird. Selbst wenn eine Billion Dollars ausgegeben werden sollten, um die militärischen Kapazitäten der USA in den nächsten Jahren zu erweitern, wie das jetzt geplant ist, werden die USA nicht in der Lage sein, die Verantwortlichkeiten einer Supermacht auszufüllen, die sie in den Eröffnungsrunden des Kalten Krieges auf sich genommen hatten.

Als die führende Militärmacht in der Weltpolitik erkennen die USA, daß sie mit wirtschaftlichen und politischen Opportunitätskosten kalkulieren müssen, die ihre strategischen Ambitionen nur hemmen können. Es ist offenkundig, daß in theoretischer und in empirischer Hinsicht eine neue Formel gefunden werden muß, die die Erwartungen darüber, was Supermächte in der nächsten Runde des Kalten Krieges zu tun hoffen können, revidieren wird.⁷⁹

Die Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern in Europa wird es den USA ge-

statten, sich die Option offen zu halten, ihre Ausgaben für die europäische Verteidigung, die jährlich etwa 81 Millionen Dollars betragen, zu reduzieren.⁸⁰ Der größte Teil dieser Summe ist den konventionellen Streitkräften und der Infrastruktur gewidmet.

Die USA und die europäischen Regierungen haben in der Nachkriegsära eine wachsende Anzahl von Atomwaffen in Europa disloziert, um ihre Kosten für zusätzliche konventionelle Kräfte zu verringern.⁸¹ Die Ausdehnung des europäischen NATO-Atomwaffen-Arsenals wurde zu einer Kompromißlösung zwischen den USA, die die europäischen Regierungen aufforderten, ihre Militärausgaben für konventionelle Zwecke auszuweiten, und den europäischen Politikern, die sich aus finanziellen und innenpolitischen Gründen weigerten, Folge zu leisten.⁸² Es ist sehr gut möglich, daß die Regierungen der BRD und der USA Pershing II und Marschflugkörper als Mittel zur Verringerung künftiger Verteidigungskosten betrachten, um eine teilweise Verlagerung von US-Truppen aus Europa ohne Minderung des Niveaus an Spannung im Kalten Krieg und an militärischer Stärke auszubalancieren.⁸³

Aber können Pershing II und Marschflugkörper die Verteidigungslasten reduzieren? *Für sich selbst betrachtet* mögen diese Waffen plausiblerweise als weniger kostspielig betrachtet werden als ihre konventionellen Äquivalente. Wenn diese Waffen auf der anderen Seite als integraler Bestandteil des geplanten Gesamtaufwandes der USA betrachtet werden, dann ist klar, daß ihre Stationierung in Europa das US-Militärbudget insgesamt nicht verringern, sondern es in der Tat vergrößern wird, weil sie eine weitere Expansion des Wetttrüstens legitimieren und so andere expansive Militärprogramme, die von der Reagan-Regierung geplant werden, notwendig machen wird.⁸⁴ Das, was die europäischen Volkswirtschaften einsparen mögen, wird durch die *Gesamtkosten* für die internationale Wirtschaft, die die für die 80er Jahre geplanten militärischen Gesamtausgaben verursachen werden, beiseite gewischt werden. Diese Kosten werden die Form von direkten militärischen Ausgaben, wachsender Inflation, hohen Zinsraten und anderer Krisensymptome annehmen, die ich bereits diskutiert habe und die in den letzten Jahren zu Ursachen wachsenden Konflikts und wachsender Unordnung im internationalen System wurden.

Die Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern wird, indem sie das Niveau der Spannung im Kalten Krieg in Europa und auf der ganzen Welt anhebt, umgekehrt die Expansion von Verteidigungspotentialen in anderen Bereichen der militärischen Rüstung in den europäischen Ländern forcieren.⁸⁵ Das wird über eine entsprechende wirtschaftliche und soziale Belastung durch die wachsende Militarisierung zu verschärften sozialen Spannungen führen.

Aus diesen Überlegungen folgt, daß der Doppelbeschluß der NATO die BRD vor die weit größere historische Frage stellt, ob sie es sich wirtschaftlich oder militärisch leisten kann, den Kalten Krieg als den Grundrahmen der internationalen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in den 80er Jahren aufrechtzuerhalten.

Das historische Dilemma der westdeutschen Regierung

Die Friedensbewegung in Europa hat sich über den Ozean ausgebreitet und zurück nach Osteuropa. ... Die Forderungen nach einem gewaltigen Wachstum der Verteidigungsausgaben verwundern uns. Ebenso die absurden Stellungnahmen durch Regierungsbeamte, daß man einen Nuklearkrieg überleben kann, wenn man eine Schaufel hat und schnell genug ein Loch graben kann. Es ist eine Form von Krankheit, sich nicht der Situation zu stellen und mit ihr auseinanderzusetzen. Aber die Menschen beginnen, sich von dieser Krankheit frei zu machen und gegen sie anzugehen.

Alan Cranston, Demokratischer Senator, März 1982

Die Zustimmung der westdeutschen Regierung zu dem NATO-Beschluß und ihre hartnäckige Weigerung, der wachsenden inneren und internationalen Protestbewegung gegen die NATO-Entscheidung nachzugeben, zeigt, daß sich die westdeutsche Führungselite in einem Dilemma befindet, das dem der internationalistischen Fraktion der amerikanischen Machtelite ähnlich ist. Die westdeutsche Führung ist sich bewußt, daß Reagans hohe Militärhaushalte in den kommenden Jahren eine sich vertiefende wirtschaftliche, politische und militärische Instabilität im internationalen System hervorrufen können. Andererseits würde eine substantielle Verringerung der Militärausgaben bedeuten, die ausgearbeiteten Pläne für eine Wiederherstellung von Amerikas strategischer und konventioneller Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion und das Ziel der Führerschaft der USA in der Nato aufzugeben. Als Resultat des Sturzes des Schah-Regimes im Iran, der linken Machtübernahme in Nicaragua und der Aussicht auf die Entwicklung von nationalrevolutionären Bewegungen in Zentralamerika und in anderen Teilen der Dritten Welt scheint keine Strömung innerhalb der amerikanischen Führungselite gewillt, die Konsequenzen *signifikanter* Verringerungen der Militärausgaben zu akzeptieren. Bestenfalls schlagen die weitsichtigsten Teile der amerikanischen Machtelite einige Verringerungen vor – wieviel bleibt unklar –, in der Hoffnung, daß ein zurechtgestutzter Haushalt sowohl mit dem Ziel einer Restauration der militärischen Führung durch die USA wie mit internationaler Kooperation und wirtschaftlicher Erholung vereinbar wäre. Nicht ernsthaft in Erwägung gezogen aber werden lebensfähige Modelle einer Aufgabe der Kalten-Kriegs-Prämissen der Reagan-Regierung, die der Grund für die gegenwärtige Krise sind. Nichtsdestoweniger ist klar geworden, daß hohe Militärhaushalte und wirtschaftliche Erholung einander ausschließende Politiken sind.

Die Besonderheit des westdeutschen Dilemmas

Die Lage der BRD unterscheidet sich von der der USA durch ihren weitaus größeren ökonomischen Einsatz in der Entspannungspolitik, ihre geographische Nähe zu den RgW-Staaten, ihre militärisch exponierte Position im Verhältnis zur Sowjetunion und ihre militärische Abhängigkeit von einer fremden Macht. Die BRD ist in einem historischen Widerspruch zwischen zwei grundsätzlichen politischen Ausrichtungen für die 80er Jahre befangen, die nicht beide gleichzeitig über einen längeren Zeitraum durchgehalten werden können: Sie kann entweder die Entspannung aufrechterhalten – indem sie sie vertieft –, oder

sie kann die gegenwärtige Ausrichtung Washingtons akzeptieren und zulassen, daß sie selbst als passives Objekt dieser Politik in die Restriktionen des Kalten Krieges zurückgeworfen wird, was im Effekt die europäische Entspannung substantiell kompromittieren, wenn nicht sogar völlig zerstören wird.

Der gegenwärtige Versuch der westdeutschen Regierung, auf der einen Seite ihre militärische Allianz mit den USA zu bewahren und gleichzeitig auf der anderen Seite ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit der Sowjetunion und den anderen RgW-Staaten zu vertiefen, widerspiegelt die Weigerung, zur Kenntnis zu nehmen, daß sich Entspannung und Kalter Krieg gegenseitig ausschließen. Als Resultat davon hat sie es versäumt, eine kohärente Außenpolitik zu entwickeln. Wenn der gegenwärtige Balanceakt der Bonner Regierung andauert, könnte das zu einer ernsthaften Verschlechterung der internationalen Lage führen, die künftige Schritte, um den Trend zum Kalten Krieg umzukehren, noch schwieriger, wenn nicht unmöglich machen wird. In diesem Sinne mag der bloße Versuch, sich in einer sich verschlechternden weltwirtschaftlichen Lage beide Optionen offen zu halten, als tragische historische Fehleinschätzung erweisen. Es wäre nicht die erste in der deutschen Geschichte.

Die gegenwärtige Politik der Bonner Regierung unterschätzt ganz erheblich

1) die Stärke des Kalten-Kriegs-Establishments in den USA und seine unerbittliche Entschlossenheit, die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Mittel der USA einzusetzen, um der Welt einen neuen Kalten Krieg aufzuzwingen;

2) die Ernsthaftigkeit der Absicht einer bedeutenden Fraktion amerikanischer Falken innerhalb und außerhalb der Regierung, den konventionellen und nuklearen Militärapparat der USA umzubauen und eine Kriegsmaschine zu schaffen, die für einen tatsächlichen Einsatz von Nuklearwaffen geeignet ist, um diesen Apparat als aggressives politisch-diplomatisches Instrument zu nutzen.⁸⁶ Ist dieser Apparat erst einmal installiert, so könnte seine bloße Existenz der europäischen Entspannung ein abruptes Ende machen und damit schweren politischen und wirtschaftlichen Schaden für die BRD und andere europäische Nationen anrichten.

Indem sie Pershing II und Marschflugkörper akzeptiert, fördert die westdeutsche Regierung den Einfluß und die unmittelbare politische Macht der rückschrittlichsten Elemente des Kalten-Kriegs-Establishments, einschließlich der Neuen Rechten. Diese Neue Rechte aber ist eine geopolitisch verderbliche, wirtschaftlich kurzsichtige und politisch gefährdete Machtgruppierung, die nicht einfach eine sterbende Pax Americana wiederzubeleben versucht, sondern die sich aggressiv als eine aufsteigende Führungselite, die durch die historischen Grenzen des Nachkriegssystems des Kalten Krieges bedroht ist, verteidigen muß. Die Fähigkeit der Neuen Rechten und ihrer Verbündeten in Pentagon, Kongreß und Weißem Haus, in den 80er Jahren zu der Diplomatie des begrenzten Nuklearkriegs Zuflucht zu nehmen, sollte nicht unterschätzt werden.

Man könnte entgegenen, daß diese Vertreter des Kalten Krieges nur ein Teil der herrschenden Klasse der USA sind und daß ihr Einfluß durch die »vernünftigeren«, weltoffenere und Europa-orientierte multinationale Elite gemäßigt wird. Hier muß in Erinnerung gerufen werden, daß auch sie der Wiederaufrüstung der USA verpflichtet ist, um politische Verschiebungen und national-revolutionäre Bewegungen in der Dritten Welt, die die US-Interessen und die Rolle der USA als Führungsmacht der westlichen Allianz bedrohen, einzudämmen.⁸⁷

Dessen eingedenk kann man argumentieren, daß die multinationale Elite, obwohl sie hi-

storisch erfahrener und »vernünftiger« ist als die Neue Rechte, sich dennoch kaum in der Position befindet, um die USA von ihrem Kurs in die unruhigen Wasser eines neuen Kalten Krieges abzubringen. Seine Hoffnungen und politischen Kalkulationen auf diese Gruppierungen zu setzen, um die Sicherheit und die wirtschaftlichen Interessen Europas in den kommenden Jahren zu garantieren, läuft auf eine Überschätzung des multinationalen Interesses an einer Fortsetzung der Entspannung in Europa und eine Unterschätzung ihres gemeinsamen Interesses mit und ihrer Abhängigkeit vom Kalten-Krieg-Establishment in den USA hinaus.

Die Frage des Abkoppelns

Wenn man die Prämisse akzeptiert, daß die Kalte-Kriegs-Politik der Reagan-Administration Symptom und Ursache der sich vertiefenden Spaltungen und der politischen Fragmentierungen in den heutigen Vereinigten Staaten ist, dann sollte klar sein, daß eine Fortsetzung und Intensivierung des Kalten Krieges die schiere Antithese zu einem stabilen Bezugsrahmen für die Entwicklung in Europa und der Welt während der 80er und 90er Jahre bildet. Die westeuropäischen Staaten werden, wenn sie sich an die Vereinigten Staaten anhängen statt entschiedene Schritte zur Abkopplung von den USA zu machen, in ihre Volkswirtschaften die Widersprüche des amerikanischen Kalten-Kriegs-Systems importieren. Im Effekt würde das bedeuten, die Übernahme einer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu forcieren, die für den wirtschaftlichen Abstieg der USA in den letzten beiden Jahrzehnten mitverantwortlich war.⁸⁸

Die Verwirrung und Widersprüchlichkeit der heutigen amerikanischen Innenpolitik und die daraus resultierende Unfähigkeit der Reagan-Administration klare innen- und außenpolitische Ziele zu verfolgen, ist Grund genug für die Europäer, skeptisch hinsichtlich der Fähigkeit der gegenwärtigen amerikanischen Regierung zu sein, das schwankende amerikanische Staatsschiff auf Kurs zu halten. Mit dem Zusammenbruch der Kalten-Kriegs-Koalition und nichts in Sicht, was sie ersetzen könnte, ist, wie wir schon gezeigt haben, eine Periode turbulenter politischer Auflösung und Umgruppierung in Gang gesetzt worden. Ein bedeutender Faktor in diesem Prozeß wird die Neugestaltung einer progressiven Opposition sein, ohne die z. B. eine spürbare Verringerung der US-Militärausgaben unwahrscheinlich ist.⁸⁹ Der jüngste Aufschwung der amerikanischen Abrüstungsbewegung und die wachsende nationale Protestkampagne gegen Reagans Wirtschaftsprogramm, insbesondere die drastischen Kürzungen in den Sozialausgaben, sind bedeutende Zeichen für einen allgemeinen Umgruppierungsprozeß. Diese Opposition könnte eventuell zu dem Wiedererstehen eines minimalen demokratischen Konsens und zu einer Bewegung für politische Erneuerung auf einer Nicht- bzw. Anti-Kalten-Kriegs-Basis führen.⁹⁰

Sollten die westdeutsche und andere europäischen Regierungen Pershing II und Marschflugkörper akzeptieren, so würden sie gerade den Kräften eines wirtschaftlichen und politischen Wandels, die versuchen, den gegenwärtigen Kurs der Reagan-Administration umzukehren, einen ersten, vielleicht irreversiblen Schlag versetzen. Auf der anderen Seite würde die westdeutsche Regierung, wenn sie Pershing II und Marschflugkörper zurückweist, dieser embryonalen Opposition ein positives Signal geben und sie würde die Gesamchancen für eine substantielle Verringerung von Reagans Rüstungshaushalt und für eine Veränderung der gegenwärtigen US-Politik der Intensivierung des Wettrüstens vergrößern.

ßern. Ohne das Wachstum einer großen US-amerikanischen Anti-Reagan-Bewegung ist es äußerst unwahrscheinlich, daß die inflationäre Steuerpolitik und die Politik der hohen Zinsen verändert werden können.

Schlußfolgerung

Während der Nachkriegsperiode haben die USA Militärausgaben als Mittel eingesetzt, um langfristige Lösungen der tieferen strukturellen politisch-ökonomischen Probleme im eigenen Land und auf internationaler Ebene hinauszuschieben. Wenn Rüstungsausgaben während des ersten Jahrzehnts der Nachkriegsära als ökonomisches Stimulans erfolgreich waren, so kann dieses weitgehend einer spezifischen Kombination von für die kapitalistische Prosperität günstigen Bedingungen zugeschrieben werden. Die – nach Kondratieff – depressive Phase in der gegenwärtigen Weltwirtschaft vermag nicht den Kalten Krieg als Modell wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung zu unterstützen. Den Vereinigten Staaten in ihrem Versuch zu folgen, die gegenwärtige Weltkrise durch einen neuen Kalten Krieg, verbunden mit der Strategie eines länger andauernden und dennoch begrenzten Atomkrieges, zu meistern, ist in der gegenwärtigen historischen Konjunktur eine verzweifelte und letztlich hoffnungslose Politik. Sie kann, wenn sie konsequent verfolgt wird, zu einer politischen und wirtschaftlichen Katastrophe von beispiellosem Ausmaß führen.

Soll die Welt die Ära des Kalten Krieges überwinden, so scheint es zweifelhaft, ob die drängende Aufgabe einer Erneuerung durch die etablierten politischen Parteien – sei es die sozialliberale – Koalition in der Bundesrepublik oder die Demokratische oder die Republikanische Partei in den USA – gelöst werden kann. Alle diese politischen Kräfte sind selbst Produkte des Kalten Krieges und scheinen in seinem Dienst zu sehr korruptiert worden zu sein, als daß sie noch fähig wären, die führende Rolle in einem Prozeß innerer und internationaler sozio-ökonomischer Erneuerung zu spielen.

Diese Aufgabe zu lösen wird prinzipiell die Arbeit einer Bewegung sein, die jedes materielle Interesse am Kalten Krieg verloren und sich genug soziale Vernunft und eine Liebe zum Leben bewahrt hat, um unterscheiden zu können, zwischen einer Politik gesellschaftlicher Entwicklung und einer Politik, die daran gefesselt ist, die Zerstörung der Gesellschaft zu riskieren.

Anmerkungen

- 1 Zur Diskussion der Phasen der »langen Wellen« der kapitalistischen Prosperität in der Nachkriegsära vgl. A.G. Frank: *Crisis in the World Economy*, London 1980, Kap. 1. Zur Anwendung der »langen Wellen« auf die Krise der amerikanischen Wirtschaft vgl. T. Weisskopf: *The Current Economic Crisis in Historical Perspective*, in: *Socialist Review*, Mai/Juni 1981. Zur allgemeinen Diskussion über die Theorie der Zyklen der »langen Wellen« vgl. R.B. Day: *The Theory of the Long Cycle*; Kondratieff, Trotsky, Mandel, in: *New Left Review* 99, Sept./Okt. 1976.
- 2 Zur Diskussion der amerikanischen Wirtschaftsmacht am Ende des 2. Weltkrieges vgl. M. Hudson: *Super Imperialism, The Economic Strategy of American Empire*, New York 1972; F. Block: *The Origins of International Economic Disorder*, Berkely 1977. Zur Entwicklung der internationalen Ökonomie in der Nachkriegszeit vgl. Block 1977; G.Kolko: *The Politics of War*, New York 1972. Zur Rolle der Staatsausgaben in der Nachkriegsökonomie vgl. P. Mattick: *Marx & Keynes, The Li-*

- mits of the Mixed Economy, Boston 1969.
- 3 J. Cypher: The Basic Economics of »Rearming America«, in: Monthly Review, Nov. 1981.
 - 4 Zur Diskussion der Produktivitätskrise der amerikanischen Wirtschaft s. U.S. Export Competitiveness Hearing before the Joint Economic Committee Congress of the United States 96th Congress, 29. 7. 1980.
 - 5 Zu Befürchtungen des ökonomischen Niedergangs in der Nachkriegszeit vgl. L. Wittner: Cold War America, New York 1974, S. 7-9; A. Wolfe: America's Impasse, New York 1981, Kap.2.
 - 6 Vgl. C.Y.H.Lo: Die widersprüchlichen Funktionen der amerikanischen Rüstung nach dem 2. Weltkrieg, in: G. Krell, Die Rüstung der USA, Baden-Baden 1981
 - 7 Zum antikommunistischen »Kreuzzug« vgl. Wittner, a.a.O.S. 86-110. Eine allgemeinere und ausgezeichnete analytische Diskussion des Gegenstandes kann gefunden werden in: A. Wolfe, The Rise and the Fall of Soviet Threat, Washington 1979.
 - 8 Zur Entwicklung und Dynamik der Kalten-Kriegs-Koalition vgl. M.S.McAuliff: Crisis on the Left: Cold War Politics and American Liberals, 1947-54, Missouri 1967.
 - 9 A. Wolfe, 1979, S. 36
 - 10 Ibid., S. 37-39, vgl. auch Wittner, Kap. 8
 - 11 »Anfang 1952 schlitterten Westeuropa und Japan als ein Ergebnis der Ereignisse und Politiken der vorhergehenden Jahre erneut in eine Rezession, und die Administration verlangte zusätzlich 4,1 Milliarden Dollar Militärhilfe für Europa. Harriman sagte wiederum, daß eine letzte große Anstrengung 1953 ' für einen Kapitalaufbau in großem Maßstab' eine Hilfe für Europa erlauben würde, um sie dann allmählich zu reduzieren. Die Administration verlangte ebenso 1,8 Milliarden Dollar für 'Verteidigungshilfe', was zusammen die Spitzenjahre des Marshallplans erreichte. Hinzu kommen die ausländischen Kapitalbeschaffungen, die im August 1953 die Gesamtsumme von 2,3 Milliarden erreichte und vor allem für Franzosen und Briten wichtig waren. Eher die massiven Waffen und staatlichen Kapitalexperte als der multilaterale Handel waren 1953 die zuverlässigsten Mittel der Aufrechterhaltung der amerikanischen Überseemärkte geworden, ein mit immensen Kosten verbundener Prozeß, dessen Kontinuität Eisenhower trotz eines zurückhaltenden Kongresses kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten verbürgte.« (J. und G. Kolko 1972, S. 639)
 - 12 Ibid.
 - 13 Block 1977, S. 107
 - 14 J.K. Galbraith: Die Ökonomie des Wetrüstens, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Oktober 1981; vgl. auch die Arbeiten von S. Melman: Pentagon Capitalism, The Political Economy of War, New York 1970 und ders.: The Permanent War Economy; The Decline of U.S.Capitalism, New York 1975.
 - 15 Vgl. Block, 1977, Kap. 6
 - 16 R. Barnett mit M. Raskin: After Twenty Years, New York 1965, S. 168
 - 17 R. Calleo, B. Rowland: America and the World Economy, Bloomington, London 1965, S. 82
 - 18 Melman 1975; vgl. auch R. De Grasse Jr., D. Gold: Economic Risks in Reagan Military Buildup, in: International Herald Tribune, 30. Dez. 1981; ebenso Galbraith 1981
 - 19 Zu den ökonomischen Effekten des Vietnamkrieges s. R.W. Stevens: Vain Hopes, Grim Realities, New York 1976
 - 20 D. Calleo: Inflation and American Power, in: Foreign Affairs, Frühjahr 1981, S. 782f.
 - 21 Wolfe 1981, S. 128
 - 22 Stevens 1976, S. 119
 - 23 Hudson 1972, S. 229
 - 24 R. Osgood: Limited War Revisited. Boulder, 1979 schreibt: »Der Vietnamkrieg scheint zu zeigen, daß, wenn die Intervention der amerikanischen Armee in großem Maßstab notwendig sein sollte, um die Niederlage einer in einem internen Krieg engagierte Regierung oder Fraktion zu verhindern, die USA große Schwierigkeiten haben werden, einen Krieg zu vermeiden, dessen Kosten und Dauer eventuell im Innern nicht akzeptiert würden. Eine rasche und intensive Eskalation wird vielleicht dieses Risiko der Kriegsausweitung nicht vermeiden, aber ein Gradualismus wird

- ebenso teuer sein und dazu neigen, die innere Basis der Unterstützung aufs Spiel zu setzen.« Die Schwächung der amerikanischen konventionellen Kriegsführungskapazität, die Osgood beschreibt, bildet einen Teil des Hintergrundes für die Entscheidungen der USA während der späten 70er Jahre, eine massive atomare Bewaffnung zu lancieren.
- 25 Als solide kritische Analyse der Nixonschen Außenpolitik s. B. Cumings: *Chinatown, Foreign Policy and Elite Realignment*, in: T. Ferguson, J. Rogers: *The Hidden Election*, New York 1981
 - 26 M. Klare: *Resurgent Militarism*, in: H. Sklar (ed.), *Trilateralism, The Trilateral Commission and Elite Planning for World Management*, Boston 1980. Vgl. auch M. Klare: *U.S. Strategy after Vietnam*, in: *Monthly Review*, März 1974
 - 27 B. Kubbig: *Rüstungskontrolle und Aufrüstung: SALT, Nonproliferation and »Nachrüstung«*, in: E.-O. Czempiel (Hrsg.), *Amerikanische Außenpolitik im Wandel*, S. 44
 - 28 Über die Aktivitäten des CIA in Angola und in Chile siehe Judith Büncher (Hrsg.): *The CIA and the security debate 1975/76*, New York 1977
 - 29 »Die plötzliche Kehrtwendung der Außenpolitik, die die Entspannung symbolisierte, stand in völligem Gegensatz zu einer Reihe amerikanischer Interessen: Kapitalanlagen durch Wettüsten, Schutz vor dem Druck auf dem Weltmarkt und die Aufrechterhaltung amerikanischer Verpflichtungen zu so kritischen Kunden wie Staaten im Nahen Osten. Diese umfaßten die Rüstungsindustrie und ihre Infrastruktur von Zuliefern und Vertriebsorganisationen, das Pentagon und seine ausgedehnte Universitätskundschaft, absteigende Industriezweige« die am besten bedient wären, wenn die USA mit niemandem Handel treiben würden, von der Regierung unterstützte Rüstungsunternehmen und die zahllosen Anhänger Israels. Von Anfang an stark mobilisiert, höhle die starke Anti-Sowjet-Lobby die Diplomatie der Entspannung aus, indem sie die Zustimmung des Kongresses zum Meistbegünstigungs-Status der SU blockierte, und belebte den Anfang der siebziger Jahre mit rechten Angriffen auf die 'liberale' Politik Henry Kissingers« (Thomas Ferguson, Joel Rogers, *Der Sieg Reagans in PROKLA* 1981)
 - 30 *Ibid.*, S. 61f.
 - 31 Die Verschlechterung vieler amerikanischer Inlandsindustrien ist untrennbar von 1. dem sich beschleunigenden Kapitalexport während der 60er Jahre, der Kapital von der Binnenwirtschaft abzog, das andernfalls für die Modernisierung der amerikanischen Industriefabriken genutzt hätte werden können; 2. der Tatsache, daß ein unverhältnismäßig hoher Anteil von Forschung und Entwicklung in den Vereinigten Staaten während dieser Periode (und tatsächlich während der gesamten Nachkriegsära) der Waffenproduktion zugute kam. Der sich beschleunigende Kapitalexport resultierte daraus, daß die Profitraten in Europa und Teilen der Dritten Welt höher als in den Vereinigten Staaten waren. Zugleich neigte das in den USA verbleibende Kapital dazu, unverhältnismäßig stark in dem Militärsektor investiert zu werden, wo Profite durch Regierungsaufträge garantiert waren. Vgl. S. Melman, 1975 und M. Kaldor: *The Decline of the West. Zum Kapitalexport und seine Effekte auf die Binnenwirtschaft* s. R. Barnett, R. Müller: *Die Krisenmacher*, Hamburg 1975.
 - 32 Zu Nixons Wirtschaftsprogramm s. Ferguson, Rogers, *PROKLA* 1981, S. 65; J. Frieden: *The Trilateral Commission: Economics and Politics in the 1970's*, in: H. Sklar, 1980.
 - 33 Ein Zeichen für den langfristigen Niedergang der amerikanischen Wirtschaft ist der sich verminderte Anteil der USA am Weltexportmarkt. 1948 betrug der amerikanische Anteil am Welthandel 23,3 %; 1970 53,3 %. 1950 betrug der amerikanische Anteil am Weltbruttosozialprodukt 34,2 %, 1974 25,2 %. 1971 hatten die USA ihr erstes Handelsdefizit seit einem Jahrhundert. Der Verlust der Konkurrenzfähigkeit von amerikanischen Herstellern war teilweise Folge der Strategien der Kennedy- und Johnson-Administration, die das Wachstum der amerikanischen multinationalen Gesellschaften im Ausland förderten. Das Handelsdefizit von 1971 spiegelte die Tatsache wider, daß amerikanische Hersteller nicht nur nicht gegen ausländische Firmen, sondern auch nicht gegen amerikanische Firmen im Ausland konkurrieren konnten;vgl. dazu Wolfe 1981, S.166.
 - 34 Die Ansichten der führenden Vertreter der amerikanischen multinationalen Geschäftswelt sind in

- einem Bericht des Congressional Subcommittee on Foreign Affairs, Febr. 1972 zusammengefaßt. Vgl. hierzu Frieden, in: Sklar 1980, S. 67f. Danach drohte den führenden transnationalen Theoretikern C.F. Bergsten und R. Cooper zufolge durch die NEP möglicherweise »der erste internationale Handelskrieg seit den 30er Jahren«; dazu paßt, daß selbst die engsten westlichen Verbündeten nicht konsultiert wurden. Nixons »ökonomischer Nationalismus wurde als Konzession an partikuläre Gruppen beschrieben, die das Gesamtinteresse der Nation aus den Augen verloren haben.
- 35 Veröffentlichungen der TLK erschienen als: Trilateral Commission, Task Force Reports, 1-7, New York 1973. Eine Bibliographie von TLK-Veröffentlichungen erstellte Sklar, 1981, der auch die umfassendste Analyse des TLK gibt. Zur Vorgeschichte der TLK: H. Shop/M. Winter: Imperial Brain Trust. The Council of Foreign Relations and United States Foreign Policy, New York 1977; die deutsche Ausgabe gibt es unter dem Titel: Kulissenschieber e.V. Der Council on Foreign Relations und die Außenpolitik der USA, Bremen/Berlin 1981.
- 36 Zitiert aus B. Cunnings: Chinatown: Foreign Policy and Elite Realignment, in: Ferguson/Rogers 1981, S. 201
- 37 Ferguson/Rogers 1981, S. 14f.
- 38 Huntingtons Aufsatz mit dem Titel: »Die Vereinigten Staaten« (erschieden als 3. Kapitel in den von ihm, Michael Crozier und Joji Watanuki herausgegebenen Band: The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission) ist eine reichhaltige Quelle statistischen und analytischen Materials über das Wachstum und die Krise der 'welfare-welfare'-Politik des Nachkriegsamerikas. Vgl. dazu auch D. Bell: The Public Household-On 'Fiscal Sociology' and the Liberal Society, in: The Public Interest, Nr. 37, Fall 1974, S. 41; ebenso James O'Connor: Die Finanzkrise des Staates, Frankfurt 1974. Huntington behandelt in seinem Aufsatze die Beziehung zwischen Wohlfahrts- und Sicherheitsausgaben und der Entwicklung des defizitären Haushalts der Bundesregierung. Er schreibt: »Das Wachstum der Regierungsausgaben wirft jedoch auch wichtige Fragen im Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen auf. Nach der Ausweitung der Verteidigungsausgaben der fünfziger und frühen sechziger Jahre überstiegen die Staatsausgaben normalerweise die Einnahmen, wobei die Lücke zwischen beiden Größen in keinem Jahr (mit Ausnahme von 1959, als das Defizit 15 Mrd. US-Dollar betrug) besonders groß war. Nach der Ausweitung der Sozialausgaben, deren fiskalische Wirkungen in den späten sechziger Jahren sichtbar wurden, nahm das gesamte Staatsdefizit neue Proportionen an. 1968 betrug es 17 Mrd. und 1971 27 Mrd. Dollar. Das kumulative Defizit der fünf Jahre von 1968 bis 1971 betrug 43 Mrd. US-Dollar. Natürlich war die Bundesregierung dabei die Hauptquelle des Defizits. In neun der zehn Jahre nach 1965 wies der Bundeshaushalt ein Defizit auf; das gesamte Defizit dieser zehn Jahre beläuft sich auf schätzungsweise 111,8 Mrd. Dollar, wovon allein 74,5 Mrd. auf die fünf Haushaltsjahre 1971-75 entfallen. Der Überschuss der Ausgaben über die Einnahmen war augenscheinlich ein Hauptquelle der Inflation, von der die USA zusammen mit anderen Industrieländern in den frühen siebziger Jahren befallen waren. Die Inflation war also ein Weg, die neuen Formen von Staatstätigkeit, wie sie durch die Ausweitung des Wohlfahrtsstaates hervorgerufen wurden, zu finanzieren.« (S.72f)
- 39 Vgl. Anm. 29
- 40 Vgl. Robert Tucker: America in Decline, in Foreign Affairs Winter 1980/81; ders., The Purpose of American Power, in Foreign Affairs 1979. Zur Diskussion der Position von Tucker vor dem Hintergrund der Außenpolitik von Reagan vgl.: Michael Lucas, Reagans Erneuerung des Kalten Krieges. Hintergründe und Formen der neuen US-Militärpolitik, in: Dollars & Träume, Nr. 4, 1981.
- 41 Vgl. Michael Klare 1981. Ein wichtiger Faktor im Bewußtseinswandel der US-Multinationalisten gegenüber dem Nutzen der Entspannung war deren Enttäuschung über die sowjetischen und osteuropäischen Märkte. Es wurde deutlich, das Westeuropa den Löwenanteil an den wirtschaftlichen Geschäften mit der Sowjetunion erhalten würde. Die Erneuerung des Kalten Krieges wurde ein Mittel, den wirtschaftlichen Nutzen zu verringern, der den westeuropäischen Alliierten aus der Entspannung zufließt. Vgl. Ferguson/Rogers, 1981, S. 16

- 42 Vgl. Alan Wolfe: Trilateralism and the Carter Administration: Change Realities and Vested Interests, in: Sklar 1981.
- 43 Vgl. Ferguson/Rogers 1981, S. 33-36. Eine ausgezeichnete Darstellung des Drucks der Finanzmärkte auf Carter während der Vorwahlphase gibt Gerald Epstein; Domestic Stagflation and Monetary Policy: The Federal Reserve and the Hidden Election, in: Ferguson/Rogers (1981).
- 44 Vgl. Walter D. Burnham: The 1980 Earthquake, Realignment, Reaction or what?, in: Ferguson/Rogers (1981).
- 45 Zur Neuen Rechten vgl. Alan Crawford: Thunder on the Right. The »New Right« and the Politics of Resentment, New York 1980. Eine mehr historische Analyse der Entwicklung neo-konservativen Gedankenguts gibt George Nash: The conservative intellectual movement in America since 1945, New York 1979.
- 46 »The New Right's Roal to Power«, in: New Left Review, Juni-August 81.
- 47 »Nach der Verabschiedung der neuen gesetzlichen Regelungen im Jahr 1976 traten 650 neue PACs auf die Bildfläche, im Jahr 1977 waren es insgesamt 1360 PACs. Als der Oberste Gerichtshof der Bildung von PACs durch Firmen zustimmte, erhöhte sich die Zahl der PACs täglich. Während dieser Phase wurden mehr als 77 Mio. Dollar gesammelt, von denen mehr als 30 Mio. als direkte Beiträge für die Kandidaten von Bundesämtern verwendet wurden. 'Dies sind nicht nur Zahlen', meinte Senator Adlai Stevenson Jr. gegenüber seinen Kollegen. 'Diese Zahlen illustrieren ein revolutionäres Element in der amerikanischen Politik. Der Aufstieg einer Ein-Punkt-Politik ist begleitet von dem Aufstieg gezielter, interessenbezogener Sammlungen für Kampagnen'. Unterstützt wird kein umfassendes Programm und keine bestimmte Partei ... 'Die direkte Postversendung hat es den Konservativen ermöglicht, die liberalen Medien zu umgehen und direkt in die Haushalte der Konservativen des Landes vorzudringen', sagte Viguerie vor der 'Conservative Political Action Conference' des Jahres 1977«. (Crawford 1980, 45). Vgl. auch Anmerkung 49
- 48 Goldwater verlor die Präsidentschaftswahlen teilweise auch deshalb, weil er die grundlegenden New Deal-Reformen angriff, die den Boden des Social Contract zwischen Regierung, organisierter Arbeiterklasse und Kapital in der Nachkriegsgeschichte der USA bildeten.
- 49 Das Wachstum der Neuen Rechten wird durch den Erfolg von Richard Viguerie bei der Schaffung eines politischen und finanziellen Imperiums symbolisiert, das auf der Werbung um kleine Beiträge zugunsten der Sache der Neuen Rechten basiert. Von seinem Büro außerhalb Washingtons werden jährlich nicht weniger als 100 Millionen Poststücke auf der Grundlage von etwa 300 verschiedenen Versandlisten verschickt, die die Namen von nicht weniger als 25 Millionen Amerikaner umfassen. Die Namen werden auf 3 000 Magnetbändern gespeichert und umfassen 10 % der amerikanischen Bevölkerung: Die Computer sind 24 Stunden täglich im Einsatz, der 15 Mio. Dollar Profit im Jahr einbringt. Vgl. Crawford 1980, S. 48.
- 50 Crawford 1980, S. 267
- 51 Federal Taxes, Expenditures and Net Flow, North and South, 1976

Federal Taxes	(\$ million) Federal Expenditures	Net Flow
North 151,367	118,657	— 32,710
South 89,732	102,346	+ 12,614

aus: Robert Estal, The Changing Balance of the Northern and Southern Regions of the United States, American Studies 14, 3, S.370Q; vgl. auch Davis, 1981 und Jaqueline Mazze and Dale Wilkinson; The Unprotected Flank: Regional and Strategie Imbalances in Defense Spending Patterns, Washington August 1980

- 52 Ich folge hier Mike Davis 1981, S. 39ff.
- 53 Ders., S. 41
- 54 Die Niederlage Carters bei der Präsidentschaftswahl 1980 ist auch durch den Druck von Wall-Street-Interessen auf seine Administration zurückzuführen, drastische Maßnahmen gegen die inflationäre Krise vom Frühjahr 1979 zu ergreifen. Üblicherweise haben im Amt befindliche Präsi-

denen während der letzten 20 Jahre vor den Wahlen expansive Maßnahmen ergriffen, um ihre Konkurrenten zu besiegen. Diese Option war für Carter wegen der großen Bedenken der Wall Street über die inflationäre Krise verschlossen. Salomon Brothers, ein einflussreiches Wall Street Unternehmen, sprachen sich für eine »nationale Notgemeinschaft gegen die Inflation« aus. Die New York Times (27. 2. 1980) schilderte die Stimmung der Finanzmärkte, die »die 18 % ige Inflation beklagen, von einem möglichen Zusammenbruch des Wertpapiermarktes reden oder sogar das Ende des demokratischen Systems an die Wand malen« (Epstein, in: Ferguson/Rogers, 1981, S. 166). Der Winter 1979/80 markiert das historische Ende der Politik von »Waffen und Butter«, die die amerikanische Wirtschaft seit dem Beginn des Kalten Krieges charakterisierte. Mit zweistelligen Inflationsraten, einer sich verschärfenden Rezession, lautstarken Rufen nach einer Erhöhung der Militärausgaben wegen der Iran- und der Afghanistankrise war Carter gezwungen, bedrängt von allen Sektoren der amerikanischen Wirtschaft, die Sozialausgaben in seinem geplanten Haushalt so stark zu kürzen, daß damit auch die traditionelle Unterstützung seiner Partei durch Arbeiter und Minoritäten zurückging. Die traditionellen Wähler gingen entweder nicht zur Wahl oder sie gingen »fremd« und votierten für Reagan. Vgl. dazu auch Anmerkung 55.

- 55 Einer der Schlüssel für Regans Wahlerfolg war seine »supply side economics« mit ihrem Versprechen einer industriellen Expansion; damit war Reagan in die Lage versetzt, traditionell demokratische Stimmen aus der Arbeiterschaft an sich zu ziehen. Obwohl er die Tugenden eines ausgeglichenen Budgets und verringerter Staatsintervention predigte, waren die Wahlversprechen Regans – Wirtschaftswachstum, hohe Militärausgaben und Steuererleichterungen – recht unrepublikanisch. Dieses Programm erinnert an den inflationären Wirtschaftskurs der Kennedy-Administration. Andererseits bestand der vielleicht wichtigste Grund von Carters Wahlniederlage in dessen Spar- und Austeritätspolitik, die von Amerikas Wählern, lange an das staatlich geförderte künstliche und inflationäre Wachstum gewöhnt und von der zweistelligen Inflationsrate sowie der zunehmenden Arbeitslosigkeit bedroht, scharf abgelehnt wurde.
- 56 Vgl. z.B. »Ein paar Skandale auf der Suche nach Opfern«, Die Zeit v. 20. 11. 1981; »Haig is in Foreign Policy Saddle -- For Now«, International Herald Tribune (IHT) v. 27. Januar 1982.
- 57 Vgl. »Divisions in Diplomacy«, Time Magazine vom 1. 3. 1982
- 58 Ebd. Vgl. auch Anmerkung 56
- 59 Vgl. z.B. den Beitrag des früheren Generals und Botschafters der USA, Maxwell Taylor, in der IHT v. 19. 1. 1982 mit dem Titel: »A Modest U.S. Strategy Proposal«. Taylor spricht drei Grundprobleme der Reaganschen Militärpolitik an, die Gegenstand einer andauernden Debatte innerhalb der US-Regierung und zwischen den verschiedenen politischen Fraktionen der amerikanischen Gesellschaft sind: ... »Wie soll die Rechnung für die Wiedergewinnung der strategischen Parität mit der Sowjetunion bezahlt werden, wenn zugleich den berechtigten Ansprüchen der konventionellen Streitkräfte Rechnung getragen werden und die Kritiker der exzessiven Militärausgaben besänftigt werden sollen; wie soll ein vernünftiges Waffenbegrenzungsabkommen mit der Sowjetunion in der gegenwärtigen Atmosphäre zunehmender Ost-West-Spannungen ausgehandelt werden; und wie soll ein Aufrüstungswettlauf verhindert werden, falls die Verhandlungen scheitern oder zu keinen Abkommen führen sollten«. Taylors Interpretation der Debatte und sein Vorschlag, daß die Reagan-Regierung ihre Bemühungen zur Erreichung einer »Waffenparität mit der Sowjetunion« aufgeben sollte und sich stattdessen auf »task readiness«, also weniger auf strategische Waffensysteme verlassen sollte, spiegelt das Interesse der Armee und der Teile des multinationalen Kapitals wider, die auf eine Verringerung der Ausgaben für strategische Waffen drängen. Zu den ökonomischen Problemen des Reaganschen Militärhaushaltes vgl. z.B.: »A Military 'Wish List': Pentagon Sees Threat of \$ 750 Billion Gap«, in: IHT vom 9./10. Januar 1982. Zu den Kostenauswirkungen des Budgets vgl. »The New Pentagon Budget: Size or Strategy?«, in: IHT, v. 15. Februar 1982.
- 60 Zu den Beziehungen zwischen der Armee, den staatlichen Militärausgaben und den Chrysler-Werken, die erst kürzlich einen Hauptauftrag für die Herstellung von Panzern erhalten haben, vgl. James Cypher: The Basic Economics of »Rearming America«, in Monthly Review, November

- 1981.
- 61 Vgl. Anmerkung 59. Ein anderes ungelöstes Hauptproblem, das untrennbar mit der Debatte über die Militärstrategie und den sie bestimmenden gegensätzlichen wirtschaftlichen und militärischen Imperativen verbunden ist, sind die verschiedenen Empfehlungen für eine Reorganisation der 'Joint Chiefs of Staff'. Vgl. »Guessing Game at the Pentagon: Who will lead the Joint Chiefs?«, in: IHT v. 2. Februar 1982; »Overhaul of U.S. Command Urgent to Deal with Conventional War«, in: IHT v. 2. März 1982; »NATO Forward Defense Plan Faces Growing Criticism in U.S. Military«, in: IHT v. 5. März 1982.
 - 62 Reagans ökonomisches Programm und die Krankheiten der amerikanischen Wirtschaft, die es heilen soll, werden untersucht in: An Economic Analysis of the Reagan Program for Economic Recovery. A Staff Study Prepared for the Use of the Subcommittee on Monetary and Fiscal. Policy of the Joint Committee Congress of the United States, April 1981.
 - 63 Vgl. Davis 1981, S. 43. Vgl. auch Uwe Optenhügel; Fight for Survival - Kampf um Überleben. Amerikanische Gewerkschaften in der Ära Reagan, in: Dollars & Träume, Nr. 5, 1982
 - 64 Vgl. Ferguson/Rogers 1981, S. 48
 - 65 vgl. Anmerkungen 54 und 55
 - 66 »Das Vertrauen der Öffentlichkeit in alle Eliten ist äußerst zurückgegangen. Während vor der Ermordung John F. Kennedy's, vor fast zwei Jahrzehnten, drei von vier Amerikanern ihr Vertrauen in die amerikanische Führungsschicht in Wirtschaft, Erziehung, Medien und freien Berufen bekundeten, tut das jetzt nur noch einer von drei. Ein Prozeß schleichender Entlegitimierung vereinigte sich mit der Fragmentierung, ja Pulverisierung, des öffentlichen Lebens und schuf so ein großes Vakuum in der Mitte des amerikanischen Gemeinwesens. Die Führungsschicht für die Außenpolitik spricht, wie andere Führungsschichten, nur noch mit sich selbst« Norman Birnbaum, »Amerikanische Außenpolitik als Funktion gesellschaftlicher Kräfte« (*Europa Archiv*, Folge 18, 1980).
 - 67 In einer Sonderausgabe von Business Week mit dem Titel »The Re-industrialization of America« (Nov.-Dez. 1980) wird beträchtlicher Optimismus ausgestrahlt, daß die gegenwärtige ökonomische Krise durch einen »neuen Social Contract zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften, Regierung und den Minoritären« überwunden werden kann. Felix Rohatyn, ein renommierter Wall Street-Banker, formuliert in einer viel beachteteren Analyse seine Zweifel, daß weder liberale Programme der Vergangenheit noch die vorgeschlagenen konservativen Lösungen wie die Rückkehr zu den »freien Kräften des Marktes« große Chancen haben, die Situation zu verbessern. Viel wahrscheinlicher ist in seinen Augen, daß die Praktizierung überkommener Lösungen in den achtziger Jahren einen echten »Notstand« herbeiführen und eine Umstrukturierung der Wirtschaft nach den Prinzipien größerer Eingriffe der Regierung in die Marktwirtschaft und einer zentralisierten ökonomischen Planung ernsthaft Chancen einer Umsetzung erhält (vgl. F. Rohatyn, The Coming Emergency and What Can Be Done About It, in: New York Review of Books, 4. 12. 1980). Das Problem des Übergangs, der Restrukturierung und der Möglichkeit neuer Koalitionen innerhalb der amerikanischen Gesellschaft diskutiert Jim Campen, Economic crisis and conservative economic policies, US capitalism in the 1980's, in: Radical America, Vol. 15, Nr. 122, Spring 1981; David Plotke, The United States in Transition: Toward a New Order, in: Socialist Review, Nr. 54, Nov.-Dez. 1980.
 - 68 Vgl. Frankfurter Rundschau v. 29. 3. 1982, vgl.: »Some Blue-collar Workers Desert Reagan, in: IHT v. 10. März 1982
 - 69 Für eine kritische Diskussion der amerikanischen Friedensbewegung; Michael Lucas: Die amerikanische Friedensbewegung und die Krise der führenden Elite, vermutlich in: Dollars & Träume 6, Junius Verlag 1982
 - 70 »2 Parties Attack Reagan's Budget, in: IHT v. 11. Februar 1982
 - 71 Ein noch ungelöster Streitpunkt ist das Gas- und Röhrengeschäft zwischen der BRD und der Sowjetunion. Vgl.: »Reagan Aides Divided over Soviet Pipeline, Officials Debate Whether to Squeeze Moscow or Soothe NATO Allies«, in: IHT v. 13./14. Februar 1982; »U.S. Says it can block pipeli-

- ne know-how«, in: IHT v. 11. Februar 1982.,
- 72 »U.S. Business Leaders Opposes Deficits, 200 Big Companies also Reject Size of Proposed Military Buildup«, in: IHT v. 11. Februar 1982.
- 73 IHT 6.17. 2. 1982. Die Schätzungen des Haushaltsdefizits durch das Haushaltsbüro des Kongresses sind für das laufende und für das kommende Haushaltsjahr höher als die Schätzungen des Weißen Hauses (109 bzw. 157 Milliarden Dollars). Schätzungen des Haushaltsdefizits für dieses Jahr von Seiten unabhängiger Ökonomen gehen bis zu 120 Milliarden Dollars (»Guardian«, New York, 17. 2. 1982).
- 74 Vgl. C. Fred Bergsten: The Costs of Reagonomics, in: Foreign Policy«, Fall 1981; Gerald Epstein, 1981, S. 155; M. Lucas: Die wirtschaftlichen Hintergründe und Folgen der Rüstungspolitik der Reagan-Regierung, in: Anti-Militarismus-Information, Herbst 1982
- 75 Bergsten 1981.
- 76 Vgl.: Scharfe Kritik Cheysson's an der amerikanischen Wirtschaftspolitik (»Tagesspiegel« 23. 2. 1982); Bonn und Paris drängen auf Zinssenkung in den USA. Mauroy und Schmidt einig über Ablehnung von Sanktionen (»Tagesspiegel« 30. 1. 1982). G. Ziebura: Strukturkrise der Weltgesellschaft – die Politik der Bundesregierung am Wendepunkt, in: Weltpolitik, Jahrbuch für internationale Beziehungen 2, Frankfurt 1982.
- 77 Zur Militärstrategie der Reagan-Administration vgl. Michael Lucas: Hintergründe und Formen der neuen US-Militärpolitik, in: Dollars & Träume, Nr. 4, September 1981, auch W. Süß, in: Prokla 46.
- 78 Zu den Beziehungen zwischen den USA und Europa vgl. Ekkehart Krippendorff und Michael Lucas: Eines Tages werden wir Amerikaner über die Zerstörung Europas nachdenken müssen. Die USA und Europa, in: Ulrich Albrecht, Klaus J. Gantzel u.a. (Hrsg.): Weltpolitik, Jahrbuch für internationale Beziehungen I, Frankfurt 1981.
- 79 Walter Goldstein: The Opportunity Costs of Acting as a Super Power: U.S. Military Strategy in the 1980's, in: Journal of Peace Research, 18/1981/I.
- 80 Diese Zahl wurde entnommen aus David Calleo: Inflation and American Power, in: Foreign Affairs, Spring 1981, S. 807ff.; Vgl. auch die Diskussion in Michael Lucas, 1981 und Krippendorff/Lucas 1981.
- 81 Robert Osgood: Limited War Revisted, Boulder 1979, S. 20.
- 82 Robert Osgood: Nato. The Entangling Alliance, Chicago 1962, S. 81f.
- 83 Zur Diskussion dieser These vgl. Lucas 1981, S. 95f.
- 84 Die Schlüsselfrage ist hier die militärische und die diplomatisch-militärische Verbindung zwischen strategischen und konventionellen Kräften im gegenwärtigen Denken der Reagan-Administration (Vgl. Lucas 1981, S. 87-89, zu einer Diskussion dieser Verbindung). Eugene Rostow, der Leiter der US-Waffenkontroll- und Abrüstungsbehörde, hat öffentlich eine Verbindung zwischen wachsenden strategischen Potentialen und der Fähigkeit der USA, konventionelle Kriege zu führen, konstatiert: »Es ist meine These, daß die Nuklearwaffe überzeugenden Einfluß in allen Aspekten der Diplomatie und des konventionellen Krieges hat, und in dieser Krise konnten wir in der Planung des Gebrauchs unserer konventionellen Kräfte mit großer Freiheit voranschreiten, exakt deshalb, weil wir wußten, daß die Sowjetunion nicht über das lokale Niveau hinaus eskalieren konnte. ... Als sich unser Vorsprung im nuklearen Bereich verringerte, verringerte sich entsprechend unsere Fähigkeit zur Kontrolle der Eskalation von Krisen. Das gleiche geschah mit unserer Fähigkeit zum Gebrauch unserer konventionellen Kräfte oder der glaubwürdigen Drohung mit ihrem Einsatz.« (Aussage vor dem Senate Foreign Relation Committee, Sommer 1980, zitiert in »Guardian«, New York, 17. 2. 1982) Rostows Argumentation läuft darauf hinaus, daß, wenn die USA ihre frühere Supermacht-Position entweder auf der Ebene der Atomwaffen oder der der konventionellen Waffen zurückgewinnen wollen, sie ihre massive Atomwaffen-Aufrüstung vorantreiben müssen, und daß ohne diese Aufrüstung im nuklearen Bereich die geplante konventionelle Aufrüstung (einschließlich der Schnellen Eingreif-Verbände) entsprechend weniger effektiv in der Verteidigung von US- oder europäischen Interessen sein wird. Nehmen wir einmal an, daß Rostow Recht

hat, d.h. daß »konventionelle Effektivität« (einschließlich taktischer Nuklearwaffen) Überlegenheit bei den strategischen Nuklearwaffen voraussetzt. Es ist aber bereits klar geworden, daß die USA nicht alle geplanten Militärprogramme aus einer Vielzahl von politischen, militärischen, allgemeinen logistischen und wirtschaftlichen Gründen realisieren können. Weiterhin ist gerade die wachsende »freezes-Bewegung« in den USA speziell auf einen Produktionsstopp für weitere strategische Atomwaffen ausgerichtet. Wenn es zu Kürzungen im Militärhaushalt kommt, erscheinen als wahrscheinlichstes Ziel die strategischen Waffen, wie die MX-Raketen und die B-1-Bomber. Wenn Rostows Argument nun korrekt ist, so bedeutet das, daß die USA mit einer Verringerung ihrer strategischen Ambitionen für die 80er Jahre auch ihre Fähigkeit in Frage stellen würden, im westlichen Interesse mit konventionellen und taktischen Nuklear-Waffen als Weltpolizist in Erscheinung zu treten. Das wirft die Frage auf, ob es nicht für die USA und Westeuropa klüger wäre, die gegenwärtige US-Militärstrategie des Kalten Krieges aufzugeben und zur Politik der Entspannung zurückzukehren.

In der Tat, wenn Rostows Argument richtig ist und wenn die USA gezwungen werden sollten, ihre strategische Nuklearwaffenprogramme zu kürzen, ist es nicht unmöglich, daß die Reagan-Administration *gezwungen* sein wird, ihre Weltmachtrolle auf jeden Fall zusammenzustoßen, so wie z.B. Goldstein argumentiert. Dann ist die Frage, ob dieser Prozeß eines amerikanischen Rückzugs über eine militärische Niederlage und eine sich vertiefende wirtschaftliche Krise, wenn nicht gar Katastrophe, vermittelt sein wird, oder über den politischen Druck innerhalb der USA und von Seiten der europäischen Alliierten der USA *bevor* es noch zu weiterer Aufrüstung, möglichen militärischen Konfrontationen oder sogar einem Atomkrieg kommt. Hierin liegt exakt die Bedeutung der europäischen Annahme oder Zurückweisung von Pershing II und Marschflugkörpern. Diese Entscheidung könnte sich als der historische Angelpunkt der internationalen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung während der 80er und 90er Jahre erweisen.

85 Vgl. Lucas 1981.

86 Über die Durchführbarkeit eines Atomkrieges s. Colin Gray und Keith Payne: *Victory is Possible*, in: *Foreign Policy*, 1980/39; in deutscher Übersetzung in Wilhelm Bittorf (Hrsg.), *Nachrüstung. Der Atomkrieg rückt näher*, Hamburg 1981. Zur Geschichte des Gebrauchs von Drohungen mit Atomschlägen in der internationalen Diplomatie und in militärischen Konflikten der Nachkriegszeit s. Daniel Ellsberg: *Call to Mutiny*, in E.P. Thompson und Dan Smith (Hrsg.), *Protest and Survive*, New York 1981.

87 Lucas 1981, S. 88

88 Solange die Wahl zwischen Kaltem Krieg und Entspannung nicht in aller Schärfe zur Entscheidung gestellt wird, wird die Tendenz sein, militärische, politische und wirtschaftliche Optionen »offen« zu halten, auch wenn das zunehmend schwierig wird und immense Ausgaben bedeutet. In diesem Dilemma, das für die amerikanische wie für die westdeutsche Situation charakteristisch ist, besteht die Tendenz, die »Optionen« zu vervielfachen. In den USA z.B. können die gegenwärtigen Schwierigkeiten, einen Konsens darüber zu erreichen, ob den konventionellen oder den strategischen Waffensystemen Priorität eingeräumt werden soll, in einer Entwicklung von beiden resultieren, ohne daß deshalb notwendigerweise eine vereinheitlichte Militärpolitik erreicht wird oder irgendetwas, was wirtschaftlicher Kosteneffektivität oder militärischer Effektivität ähnlich wäre.

89 Das Wachstum einer Abrüstungsbewegung in den gesamten USA, die ein »Einfrieren« (Moratorium) der Produktion von zusätzlichen Nuklearwaffen durch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion fordert, hat zu der gegenwärtigen Kongreß-Debatte und zu dem Umschwenken einer bemerkenswerten Anzahl von Kongreßabgeordneten und Senatoren von einer Pro-Nuklearwaffen-Position zu ihrer gegenwärtigen Unterstützung eines Moratoriums geführt. Diese Bewegung überschneidet sich in einem signifikanten Maße mit der wachsenden Opposition aus rein wirtschaftlichen Gründen innerhalb der Bevölkerung, unter den Politikern und Unternehmern gegen den Reaganschen Militärhaushalt. Vgl. Anmerkungen 68-71.

90 Die Militär- und Wirtschaftspolitik von Reagan hat ein ganzes Spektrum von liberalen, linken, ul-

tra-linken und anarchistischen Parteien und Bewegungen mobilisiert, die die Möglichkeiten einer Koalition und gemeinsamer Aktionen diskutieren. Am 28. 3. 1982 wurde auf einem großen Treffen von Hunderten von politischen Gruppen, einschließlich von Repräsentanten einer Anzahl von amerikanischen Gewerkschaften, eine neue Organisation gegründet, die sich selbst »Democratic Socialists of America« nennt. Vgl. »USA-Gründungskongreß der 'Democratic Socialists of America'«, »Tageszeitung« 29. 3. 1982.